

## Niederschrift

---

### Sitzung des Stadtrates

---

**Sitzungstermin:** Montag, 10.02.2020  
**Sitzungsbeginn:** 17:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:58 Uhr  
**Ort, Raum:** Großer Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Brauerstr. 5, 66663 Merzig

---

#### Anwesend

##### Vorsitz

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

##### CDU-Fraktion

Alexander Boos	CDU
Johannes Ehm	CDU
Dr. Detlef Nikolaus Hans	CDU
Simon Tinnes	CDU
Ulrike Biermann	CDU
Doris Darimont-Doll	CDU
Manfred Klein	CDU
Axel Ripplinger	CDU
Angelika Conrad	CDU
Therese Schmitt	CDU
Hans-Joachim Horf	CDU
Thomas Klein	CDU
Jürgen Auweiler	CDU
Dr. Manfred Kost	CDU
Maria Bänsch	CDU

##### SPD-Fraktion

Martin Dyck	SPD
Tina Fischer	SPD
Wolfgang Klose	SPD
Caroline Ney	SPD
Sebastian Palz	SPD

Nikolaus Lorenz SPD  
Martina Holzner SPD  
Giuseppe D`Auria SPD  
Arndt Oehm SPD

ab TOP 2.2 (17.47 Uhr)

Fraktion B'90/Die Grünen

Elina Santo Bündnis '90/DIE GRÜNEN  
Heinz Temmes Bündnis '90/DIE GRÜNEN  
Johannes Weiten Bündnis '90/DIE GRÜNEN  
Klaus Borger Bündnis '90/DIE GRÜNEN

DIE LINKE-Fraktion

Hannah Spanier

AfD-Fraktion

Jörg Ulrich Gruhn AfD

FWM-/FDP-Fraktion

Bernhard Morbe FREIE WÄHLER Merzig  
Hermann Schuh FREIE WÄHLER Merzig  
Karsten Thomaser FDP

Ortsvorsteher

Matthias Hurth CDU

Verwaltung

Thomas Klein  
Lisa Klein  
Dieter Ernst, Erster Beigeordneter  
Nicole Leinen  
Ute Süßmilch  
Werner Gasper  
Arno Jung  
Christian Bies  
Berthold Schreiner

**Abwesend**

CDU-Fraktion

Matthias Görden CDU entschuldigt

Stefan Dorbach CDU entschuldigt

SPD-Fraktion

Silvia Prinz SPD entschuldigt

Manfred Klein SPD entschuldigt

DIE LINKE-Fraktion

Frank Hackenberger DIE LINKE entschuldigt

AfD-Fraktion

Dieter Leistenschneider AfD entschuldigt

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil

- Eröffnung der Sitzung
- 1 Einwohnerfragestunde
  - 2 TOP 5 der Stadtratssitzung vom 14.11.2019
    - 2.1 Widerspruch B90/Die Grünen gegen das Abstimmungsergebnis zu TOP 5 der Ratssitzung vom 14.11.2019 2020/334
    - 2.2 Einwand gegen TOP 5 der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 14.11.2019 2020/336
    - 2.3 Veröffentlichung der Tonaufnahme über TOP 5 der Stadtratssitzung vom 14.11.2019; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 09.01.2020 2020/329
  - 3 TOP 6 der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 14.11.2019
    - 3.1 Einwand gegen TOP 6 der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 14.11.2019 2020/337
    - 3.2 Einwand vom 21.01.2020 gegen TOP 6 der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 14.11.2019 2020/343
    - 3.3 Veröffentlichung der Tonaufnahme zu TOP 6 sowie aller künftigen Redebeiträge in öffentlichen Sitzungen; Antrag B90/Die Grünen vom 03.02.2020 2020/371
  - 4 Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates; Antrag B90/Die Grünen vom 08.01.2020 2020/327
  - 5 Verabschiedung einer Resolution im Zusammenhang mit dem städtischen Verkehrskonzept; Antrag "Die LINKE" und B90/Die Grünen vom 27.11.2019 2020/333
  - 6 Wirtschaftsplan 2020 des Zweckverbandes eGo-Saar 2020/323

7	Antrag B90/Die Grünen: Lärmindernde Maßnahmen mit und für den Schützenverein Merzig ergreifen	2020/347
8	Verkauf des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Schwemlingen	2019/060
9	Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Grün- gutannahme in der Kreisstadt Merzig	2019/286
9.1	Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Grün- gutannahme in der Kreisstadt Merzig	2019/286-001
10	Stärkung des Alltagsradverkehrs, Antrag B90/Die Grünen vom 11.10.2019	2019/307
11	Cattenom; Antrag B90/Die Grünen vom 19.01.2020	2020/339
12	Parksituation am Wolfspark; Antrag B90/Die Grünen vom 10.01.2020	2020/342
13	Keine weiteren Waldschäden um tote Bäume zu ernten; Antrag B90/Die Grünen	2020/328
14	Mitteilungen, Anfragen und Anregungen	

# Protokoll

## Öffentlicher Teil

---

### Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Bürgermeister Hoffeld mit, dass die Vertreter von FWM und FDP sich zu einer Fraktion zusammengeschlossen haben. Ratsmitglied Schuh (FWM) bedankt sich bei Bürgermeister Hoffeld für die Zustimmung. Ihr Blick gehe nach vorne und nicht zurück; es seien in Zukunft genügend Aufgaben zu bewältigen. Daran wolle die Fraktion FWM/FDP sich tatkräftig beteiligen.

Bürgermeister Hoffeld teilt mit, dass ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliege, der auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden soll. Dies sei Tagesordnungspunkt 3.3; die Verwaltung empfiehlt, diesen in die Tagesordnung aufzunehmen. Vor diesem Hintergrund bitte er dem Stadtrat um ein Votum, ob der Erweiterung der Tagesordnung zugestimmt werde. Der Stadtrat stimmt einstimmig mit 32 Ja-Stimmen für die Erweiterung der Tagesordnung.

Fraktionssprecher Borger (B'90/Die Grünen) teilt mit, man sehe am Publikum, dass es heute um ein für Merzig zentrales Thema gehe und weniger um die Frage, wie Niederschriften anzufertigen oder Geschäftsordnungen zu ändern seien. Seine Fraktion beantragt, die Tagesordnungspunkte 2 bis einschließlich 4 an das Ende der Tagesordnung zu setzen und direkt mit dem Thema „Verabschiedung einer Resolution im Zusammenhang mit dem Thema Kreisell“ zu beginnen. Einige Fragen habe er noch vorab. Am 06.01.2020 habe seine Fraktion einen Antrag gestellt zum Thema „Blättelbornweiher“. Dieser Antrag sei im zuständigen Fachausschuss bereits vorberaten. Dieser stehe nun zur Entscheidung an und er wolle gerne wissen, warum dieser nicht auf der heutigen Tagesordnung stehe. Im KSVG sei klar geregelt, wie mit Anträgen von Fraktionen umzugehen sei. Am 06.11.2019 habe seine Fraktion einen Antrag gestellt zum Thema „Baubetriebshof“. Zu diesem Antrag sei ein Ergänzungsantrag am 01.02.2020 gestellt worden. Zur Erinnerung, dieser Antrag sei am 14.11.2019 nicht behandelt worden, obwohl dieser vorgelegt worden sei. Am 28.01.2020 sei ein weiterer Antrag zum Thema „Reaktivierung Eisenbahnstrecke Merzig-Losheim“ gestellt worden. Seine Frage sei nun, warum diese Anträge nicht auf der heutigen Tagesordnung seien.

Bürgermeister Hoffeld merkt zum Antrag „Blättelbornweiher“ an, dieser noch nicht im zuständigen Fachausschuss beraten worden sei. Dieser solle zuerst in dieses Gremium zur Vorbereitung. Gleiches gelte auch für den Antrag „Reaktivierung Eisenbahnstrecke Merzig-Losheim“. Dieser sei am 28.01.2020 eingegangen und soll in der nächsten KUSS-Sitzung beraten werden.

Fraktionssprecher Borger merkt an, dass der Antrag „Blättelbornweiher“ bereits im Fachausschuss vorberaten sei. Es gehe nur noch um die Frage der Kosten. Seine Fraktion habe zu den Kosten einen klaren Vorschlag gemacht.

Fachbereichsleiter Gasper antwortet, der Antrag „Blättelbornweiher“ sei in der letzten KUSS-Sitzung nicht beraten worden.

Fraktionssprecher Borger sagt dazu, dass dieser Antrag in der vorletzten KUSS-Sitzung beraten worden sei. Bürgermeister Hoffeld merkt an, dass der Antrag, der ihm vorliege, vom 07.01.2020 sei.

Fraktionssprecher Borger (B'90/Die Grünen) unterbreitet alternativ den Vorschlag, seinen Antrag zum Thema „Blättelbornweiher“ in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Bürgermeister Hoffeld merkt nochmals an, dass diese Anträge üblicherweise zuerst im zuständigen Ausschuss beraten werden. Wenn er aber darauf bestehe, diesen Antrag in der nächsten Stadtratssitzung zu beraten, dann werde er ihn auf die Tagesordnung setzen. Bürgermeister Hoffeld fragt, ob dies sich auch auf den Antrag „Reaktivierung der Eisenbahnstrecke Merzig –Losheim“ beziehe. Fraktionssprecher Borger (Grüne) bejaht die Frage.

Bürgermeister Hoffeld geht auf den Einwand Borgers zu dem Punkt Baubetriebshof ein. Er werde später beim entsprechenden Tagesordnungspunkt näheres dazu sagen. Dieser Fall liege bei der Kommunalaufsicht zur Prüfung. Er habe in der letzten Sitzung zugesagt - dazu stehe er auch - dass man im Rahmen des Verfahrens über diesen Punkt sprechen werde und zwar über die Standortfrage. Dies sei für ihn eine Selbstverständlichkeit.

Bürgermeister Hoffeld lässt über den zuvor gestellten Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen, die Tagesordnungspunkte 1 bis einschließlich 4 auf das Ende der heutigen Sitzung zu verlegen, abstimmen. Der Stadtrat lehnt die Verschiebung der Tagesordnungspunkte mit 9 Ja-Stimmen, 20 Nein- Stimmen und 3 Enthaltungen ab.

---

## 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

---

## 2 TOP 5 der Stadtratssitzung vom 14.11.2019

---

### 2.1 Widerspruch B90/Die Grünen gegen das Abstimmungsergebnis zu TOP 5 der Ratssitzung vom 14.11.2019

2020/334  
zurückgezogen

Ratsmitglied Temmes (Grüne) führt wie folgt aus: „Hiermit möchte ich für die Grünen-Fraktion unsere Anträge auf Änderung bzw. Ergänzung der Niederschrift zu TOP 5 begründen. Ich beantrage, meine Ausführungen wörtlich in die Niederschrift der heutigen Sitzung aufzunehmen. Die Protokollführung erhält zur Arbeitserleichterung natürlich eine Kopie meiner Ausführungen. In der Niederschrift zur Sitzung vom 14.11.2019 wurde das Abstimmungsergebnis der Grünen-Fraktion zum TOP 5 Baubetriebshof so aufgenommen, dass die Abstimmung mit 3 Enthaltungen erfolgte, was bedeuten würde, ein Fraktionsmitglied der Grünen hätte der Beschlussempfehlung der Verwaltung zugestimmt. Dies war nicht der Fall, was wir eidesstattlich versichern könnten.“

Unser Fehler war es allerdings, dies gebe ich auch mit zu im Nachhinein, bei der Verkündung des Abstimmungsergebnisses des Sitzungsleiters nicht aufmerksam gewesen zu sein. Es war sehr laut im Raum gewesen, wir haben also das Ergebnis, was der Bürgermeister zum Schluss gesagt hat, 3 Enthaltungen, leider nicht gehört. Dies auch deshalb, da zu dieser Zeit größere Unruhe im Sitzungssaal herrschte, deren Ursache in der vorausgegangenen Diskussion lag. Also, unser Fehler war es, keinen Einspruch bei Verkündung des Abstimmungsergebnisses gemacht zu haben.

Normalerweise wäre dieses Abstimmungsergebnis ohne große Bedeutung gewesen, da der Bürgermeister ja ausdrücklich erklärte, dass unser Antrag zum Baubetriebshof in einer weiteren Sitzung behandelt wird. Problematisch wurde es aber, als der Vertreter der CDU-Fraktion über die Presse versuchte, dies parteipolitisch zu nutzen, um öffentlich wirksam einen Keil in unsere Fraktion zu treiben. Dieser Versuch ist nicht gelungen und wird auch zukünftig nicht gelingen, ganz im Gegenteil! Mit dieser Klarstellung in meiner Rede, die nun ja Gegenstand der Niederschrift der heutigen Sitzung ist, ziehen wir unseren diesbezüglichen Widerspruch zum Abstimmungsergebnis zu TOP 2.1 zurück“.

Bürgermeister Hoffeld hält fest, dass der Einwand somit zurückgezogen sei.

### **Beschluss:**

Die B90/Die Grünen-Fraktion zieht den Einwand zurück.

---

## **2.2 Einwand gegen TOP 5 der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 14.11.2019 2020/336 ungeändert beschlossen**

Fraktionssprecher Borger (Grüne) führt wie folgt aus: „Es ging bei dem Einspruch darum, dass kurz vor der Abstimmung der Bürgermeister Hoffeld zu unserem Antrag zum Thema „Baubetriebshof“ wörtlich ausgeführt hat: „Dass dieser Antrag natürlich in einer nächsten Sitzung behandelt wird.“ Ich sage nochmal, das ergab sich aus der Sitzung, es war kein Schreiben oder ein Vorschlag. Es war ein form- und fristgerecht eingereichter Antrag der Grünen-Fraktion, der sich in wesentlichen Punkten von der Verwaltungsvorlage unterschied. Ich lese das dann so vor und bitte dies wörtlich in die Niederschrift aufzunehmen. In der Sitzung wurde unmittelbar vor der Abstimmung durch den Bürgermeister folgendes ausgeführt. Bürgermeister Hoffeld erklärte, dass – nun kommt die wörtliche Rede: „der Antrag der Grünen Fraktion fast inhaltsgleich ist (gemeint war die Verwaltungsvorlage) und dann halt in ein paar Wochen diskutiert wird“. Diese Aussage wurde nicht in die Niederschrift aufgenommen, ist aber für das weitere Verfahren, d.h. die Behandlung unseres Antrages, der entgegen der eindeutigen Regelungen im KSVG und der Geschäftsordnung für den Stadtrat weder in die Tagesordnung aufgenommen, noch den Ratsmitgliedern vorgelegt und auch nicht darüber abgestimmt wurde, von zentraler Bedeutung. Diese Aussage ist nach § 20, Absatz (2) der Geschäftsordnung ein wesentlicher Inhalt der Beratung und insoweit in die Niederschrift aufzunehmen. Wie gesagt, wenn ganz klar gesagt wird, dass ein Antrag einer Fraktion in der nächsten Sitzung behandelt wird und in der Niederschrift steht davon überhaupt nix mehr, dann ist das ein wesentlicher Punkt der Beratung.“

Bürgermeister Hoffeld merkt an, er habe in der Tat gesagt, dass wir uns im Laufe des Prüfungsprozesses mit der Standortfrage – denn dies sei der einzige Unterschied zwischen dem Grünen-Antrag und der Verwaltungsvorlage gewesen - auseinandersetzen werden. Er habe nicht gesagt, dass wir in der nächsten Sitzung darüber sprechen werden, aber im Rahmen der Beratung werde der Punkt von Ihnen natürlich Bestandteil werden. Aus diesem Grund empfehle die Verwaltung, dass der Einwand zurückgewiesen wird.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) antwortet: „Sie haben wörtlich ausgeführt, dass der Antrag in ein paar Wochen - und die Sitzung war am 14.11.2019 - sie haben ausgeführt wörtlich, dass der Antrag in ein paar Wochen behandelt wird. Insofern bitte ich, das nachdrücklich in die Niederschrift aufzunehmen. Wir kommen ja nachher zum Punkt, wo jeder der Anwesenden auch diesen Ablauf der Sitzung – wörtlich - mit anhören kann und dort ist genau am Schluss dieses Tagesordnungspunktes genau diese Aussage drin. Das ist von entscheidender Bedeutung und deswegen gibt es meiner Ansicht nach keinen Interpretationsspielraum. Das ist gesagt worden und das bitten wir in die Niederschrift aufzunehmen.“



Ratsmitglied Temmes (Grüne) führt wörtlich aus: „Ich darf an meinen Antrag erinnern. Ich habe den Antrag am 06.11.2019 um 9:00 Uhr beim Büro unten abgegeben. Am Abend, wie ich dann nach Hause kam am 06.11.2019 gegen 18 Uhr, hatte ich dann die Einladung von der Stadt für die Stadtratssitzung auf dem Tisch liegen. In meinem Antrag stand unter Punkt 1 ein Neubau des Baubetriebshofes, Punkt 2 eine Konzentration der erforderlichen Flächen an einem Standort, einen Standort im Gewerbegebiet Rieffstraße zu suchen. Unter anderem das jetzige Areal des Baubetriebshofes für die Stärkung der Innenstadt zu entwickeln und das jetzige Areal des Baulagers für die Stärkung des Gewerbegebietes Nord-West für nicht Innenstadt relevante Angebote zu entwickeln. Das waren meine fünf Punkte zu meiner Anlage und zu meinem Antrag. In der Stadtratsvorlage stand unter a) in Grundstücksverhandlungen mit der Flughafengesellschaft zwecks Ankauf eines Grundstücks im Hafen einzutreten. War auch meine Lösung für das Modell für den Neubau des Betriebshofes, den Neubau des Betriebshofes zu entwickeln war auch mein Vorschlag. Dann Konzeptideen für eine städtebauliche, ökonomische und nachhaltige Nachnutzung des Altstandortes zu erarbeiten. Da gibt es einen Unterschied und zwar wir haben gesagt, der Standorte. Wir haben zwei verschiedene Standorte, einmal den Baubetriebshof hier in der Innenstadt und einmal außerhalb, man sollte beide hier zusammenfassen. Das war mein Antrag gewesen und der wurde leider in einem Pressebericht von der Presse, die war gar nicht anwesend zu der Sitzung letzten Endes. Die haben Daten aus der Luft gegriffen, die hier im Raum nicht so besprochen worden sind.“

Ratsmitglied Spanier (LINKE-Fraktion) führt wie folgt aus: „Der Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt ist zu entnehmen, dass in der Niederschrift die „wesentlichen Inhalte“ einer Sitzung wiedergegeben werden sollen. Wesentlich aber ist das, was wichtig ist, was bedeutend ist, was den Kern einer Sache im Besonderen ausmacht. Und vor diesem Bedeutungshintergrund des Wortes „wesentlich“ wird offenkundig, dass es sich bei der Frage, was wesentlich ist, nicht um eine objektiv zu erkennende Wahrheit handelt. Im Gegenteil: Was als wesentlich erachtet wird, ist stark subjektiv, also von Person zu Person unterschiedlich. Wer hat aber die Deutungshoheit darüber, was wesentlich ist? Ich vermute und hoffe auch, dass niemand hier in diesem Raum von sich selbst behauptet, die objektive Wahrheit gepachtet zu haben, und die den anderen für immer verborgen bleiben muss. Was als wesentlich zu betrachten ist, ist und bleibt Auslegungssache. Wenn also einem Ratsmitglied oder einer Fraktion eine Aussage als wesentlich erscheint, und es über die Frage der Wesentlichkeit hinaus keinen triftigen Grund gibt, diese Aussage nicht in das Protokoll aufzunehmen, sollten wir dieser Bitte zustimmen. Niemand würde dadurch einen Schaden erleiden und wir würden dem Umstand Rechnung tragen, dass Sprache ein variables und interpretationsabhängiges Werkzeug ist und wir könnten uns die ganze Diskussion sparen.“

Bürgermeister Hoffeld informiert, man habe in der Verwaltung schon darüber nachgedacht Wortprotokolle zu erstellen, in denen dann wirklich alles wiedergegeben werde. Dort seien dann aber auch alle Sätze, auch diejenigen, die nicht vollständig oder zu Ende gesprochen worden seien, enthalten.

Ratsmitglied Spanier (LINKE-Fraktion) antwortet: „Ich glaube, Sie haben das missverstanden. Ich meine nicht, wortwörtlich alles aufzunehmen. Ich meine nur, nicht so eine Riesendiskussion darum zu machen, ob jetzt ein Satz oder ein Nebensatz in das Protokoll aufgenommen wird oder nicht. Ich finde die Diskussion etwas überflüssig und bin der Meinung, wenn es Leute gibt, die das als wesentlich empfinden, warum nehmen wir es nicht einfach ins Protokoll auf, es schadet niemandem.“

### **Beschluss:**

Der Einwand von Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) wird zurückgewiesen und die Richtigkeit der Niederschrift festgestellt.

## Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	7	2

---

### 2.3 Veröffentlichung der Tonaufnahme über TOP 5 der Stadtratssitzung vom 14.11.2019; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 09.01.2020

2020/329  
ungeändert beschlossen

Fraktionssprecher Auweiler (CDU) führt wie folgt aus: „Zu Anfang der Sitzung wurde beantragt, dass die Tagesordnung geändert werden soll. Mit Sicherheit ein vernünftiger Punkt, weil ja viele von Ihnen hier sind und wollen nachher zuhören, wie es weitergeht mit dem Kreis. Aber wir haben dem Antrag nicht zustimmend gegenüber gestanden. Warum? Damit Sie auch mal sehen, womit wir uns als Ehrenamtler hier befassen. Womit sich die Verwaltung befassen muss. Wir sind alle ehrenamtlich tätig und wir werden jetzt vielleicht im Laufe der nächsten Tagesordnungspunkte noch sehen, wie weit das hier noch führen kann. Der Tagesordnungspunkt 2.1 wurde vom Antragsteller zurückgezogen. Das finden wir schade. Dass die Verwaltung und auch der Rat sich trotzdem vorher damit befasst haben. Herr Temmes, wir hätten gerne von Ihnen auch die eidesstattliche Erklärung dazu gehabt, dass Sie anders gestimmt haben. Leider kam das nicht. Ich würde Sie bitten, das auch dann nachher abzugeben und dann werden wir mit Sicherheit sehen, wie wir damit umgehen. Es ist auch schade, dass gerade zwei Monate nach dieser besagten Sitzung, nachdem tatsächlich eine unwürdige Diskussion in der Saarbrücker Zeitung losging, dass man auf einmal vergessen hat, wie man abgestimmt hat. Also aus meiner Sicht ein lächerlicher und einmaliger Vorgang, um hier eventuell andere zu behindern. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass das das demokratische Recht ist. Es steht so im Gesetz und es steht so in unserer Geschäftsordnung, aber ich möchte doch bitten, da wir ja alle ehrenamtlich für unsere Kreisstadt tätig sind, keine Krawalle durchzuführen, nur um der Krawalle wegen. Kommen wir deshalb zu meinem Antrag, den ich gestellt habe. Ich möchte und zwar, ich möchte das auch betonen, einmalig hier den Antrag stellen, dass die Tonbandaufzeichnung von dieser besagten Sitzung veröffentlicht wird. Einmalig, um nicht permanent hier die Verwaltung und auch uns hier mit solchen Dingen, die tatsächlich unsere Stadt nicht weiter bringen, zu belästigen. Wir werden es nicht zur Regel machen, hier Mehrarbeit für unsere Kolleginnen und Kollegen, aber auch für die Verwaltung zu machen. Es war eine einmalige Zustimmung im Ausschuss und ich hoffe aber natürlich auch, dass es einmalig hier zu einer Zustimmung kommt, dass dann die Tonbandaufnahme von diesem besagten Tagesordnungspunkt 5 veröffentlicht wird, um diesem öffentlichen und lächerlichen Drama endlich ein Ende zu setzen. Das ist schon bezeichnend, wenn ich an meinem Dienstoff in Saarlouis auf solche Dinge hier angesprochen werde. Und ich bitte Sie Herr Borger und Ihre Fraktion auch, dazu beizutragen, dass dann ein wenig mehr Licht in die Sache kommt. Stimmen Sie meinem Antrag zu, zur Veröffentlichung. Dann kann jeder sich ein Bild machen, wie die Sitzung an dem besagten Tag war.“

Bürgermeister Hoffeld merkt dazu an, hier gehe es um eine Abweichung von der Geschäftsordnung. Es sei deshalb notwendig, dass mind. 20 Stadtratsmitglieder der Veröffentlichung zustimmen sowie alle, die in der Sitzung gesprochen haben.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) führt wörtlich aus: „Alles, was der Transparenz dient, da stoßen Sie natürlich bei uns als Fraktion offene Türen auf. Mich wundert es ein bisschen, dass Sie das jetzt auf diesen einen Tagesordnungspunkt bezogen haben, obwohl sie genau wissen, dass unter dem nächsten Tagesordnungspunkt, dort wird es richtig spannend. Da wär's eben auch für die anwesenden Zuhörer und Ratsmitglieder ganz interessant, diese Diskussion mit zu hören. Sie reden von einer unwürdigen Diskussion. Jeder, der die Aus-

führungen zu TOP 6, auch Ihre, gehört hat, der weiß, wo das Wort unwürdig zu verankern ist. Deswegen haben wir auch im Vorfeld beantragt, das ist ja ein weiterer Punkt nachher in der Tagesordnung 3.1 glaube ich war es gewesen, neuer Tagesordnungspunkt. Dass wir, das auch natürlich Sie sind ja transparent, sie wollen ja Transparenz schaffen, deswegen gehe ich davon aus, dass Ihre Fraktion natürlich auch dort zustimmt. Dass die Zuhörer sich dann ein objektives Bild über den Sitzungsverlauf machen können, auch die Saarbrücker Zeitung, die an dem Tag eben nicht anwesend war. Warum wir auch manche Dinge so spät machen, das liegt eben daran, das ist keine Kritik an der Protokollführung. Die hat sehr viel zu tun, wenn eben Niederschriften sehr, sehr spät kommen, wir können ja nicht ahnen, was in einer Niederschrift drin steht, deswegen muss man erst mal warten, bis die Niederschrift kommt, um dann auch einen Einwand geltend zu machen. Das erklärt eben, dass das eben nicht am 15.11.2019 - ein Tag nach der Sitzung war - sondern erst viel, viel später. Also nochmal, wir werden Ihrem Antrag zustimmen und erwarten auch von Ihnen als Christlich Demokratische Union, dass Sie auch den anderen Anträgen zustimmen, wo es um mehr Transparenz geht.“

**Beschluss:**

Die Veröffentlichung der Tonaufnahme zu TOP 5 der Sitzung vom 14.11.2019 für die Dauer von 14 Tagen auf der Internetseite der Kreisstadt Merzig wird – vorbehaltlich der Einverständniserklärung aller betroffenen Ratsmitglieder - beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	1

---

**3 TOP 6 der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 14.11.2019**

---

**3.1 Einwand gegen TOP 6 der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 14.11.2019** **2020/337**  
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Temmes (Grüne) führt wörtlich aus: „Hiermit möchte ich nochmals für die Grünen-Fraktion unsere Anträge auf Änderung bzw. Ergänzung der Niederschrift zu TOP 6 begründen. Auch dies bitte ich wörtlich in die Niederschrift der heutigen Sitzung aufzunehmen. Zu Punkt 1 Gastronomie am Wolfspark: Immer wieder weisen wir als Fraktion darauf hin, dass uns veraltetes Kartenmaterial zu verschiedenen Bauvorhaben, Planungen usw. vorgelegt wird. So auch zu den Planungen zum Gastronomiegebäude am Wolfspark. Unser Fraktionsvorsitzender führte dieses wörtlich aus: „Wir hatten schon im zuständigen Fachausschuss bemängelt, dass uns völlig veraltetes Kartenmaterial vorgelegt wird, welches die tatsächliche räumliche Situation nicht wieder gibt. Hier sind z.B. Parkflächen eingezeichnet, die es schon lange nicht mehr gibt und zusätzlich haben noch Autos darauf gestanden. Und es wird auch nicht das Parkchaos deutlich, das an besonders guten Besuchstagen dort vor Ort herrscht“. Dies wurde nicht in die Niederschrift aufgenommen, ist aber für die weiteren Planungen am Standort von elementarer Bedeutung. Diese Aussage ist nach § 20 Absatz (2) Punkt der Geschäftsordnung ein wesentlicher Inhalt der Beratung und insoweit in die Niederschrift aufzunehmen.“

Zu Punkt 2 Anmerkung des Bürgermeisters zur Aussage unseres Fraktionsvorsitzenden im Zusammenhang mit Gastronomie am Wolfspark: In der Niederschrift wurde der schriftlich übersandte Redebeitrag des Fraktionsvorsitzenden Borger neu sortiert und damit aus dem Sinnzusammenhang komplett herausgerissen. Dort steht: Grünen-Fraktionssprecher Borger fasst die Kernpunkte nochmals zusammen, da es im Rat Mandatsträger gebe, die mit dem Verbreiten von unwahren Behauptungen aus nichtöffentlichen Sitzungen versuchen würden, die politische Konkurrenz zu verunglimpfen. Diese Aussage wurde in diesem Zusammenhang nicht getätigt und ist daher falsch. Richtig ist folgende Ausführung, nachzuhören auf dem Tonband, und dies bitten wir in der Niederschrift wie folgt zu korrigieren: Grünen-Fraktionssprecher bat darum, nachfolgendes mitzuschreiben, da es im Rat Mandatsträger gebe, die mit dem Verbreiten von unwahren Behauptungen aus nichtöffentlichen Sitzungen versuchen würden, die politische Konkurrenz zu verunglimpfen. Er fordere, dass die Stadt Merzig mit dem Schützenverein Kontakt aufnehme, um für diesen effektive, lärmindernde Maßnahmen zu ergreifen und auch ggfls. zu finanzieren. Bürgermeister Hoffeld merkte an, dass Grünen-Fraktionssprecher Borger eine Unterstellung in den Raum geworfen habe, die er nicht stehen lassen wolle. Da der Bürgermeister auf die ausdrückliche Nachfrage des Herrn Borger nicht erläutern wollte, was er denn nicht stehen lassen wollte, bat Herr Borger darum, seine Ausführungen durch Vorlesen begründen zu dürfen. Bürgermeister Hoffeld erklärte, dass man das nachher machen könne, was aber nicht geschah. Diese Aussage ist nach § 20 Absatz (2) Punkt der Geschäftsordnung ein wesentlicher Inhalt der Beratung und insoweit in die Niederschrift aufzunehmen.

Anmerkung am Schluss: Dass die Aussagen unseres Fraktionsvorsitzenden Borger zu diesem Punkt absolut zutreffend waren, wird auch daran deutlich, dass der Bürgermeister Ermittlungen aufnehmen musste und mit Schreiben vom 03.12.2019 die Stadtratsmitglieder an ihre Verschwiegenheitspflicht erinnerte. Wir haben in mehreren Sitzungen, haben wir Niederschriften hier gehabt, da kann man aus dem Zusammenhang, da steht z.B. drin, Nachfragen technischer Art aus den Reihen des Ausschusses werden durch die Verwaltung beantwortet. Ende. Weiterer Punkt, Ausschussmitglied, sag ich jetzt nicht, fragt nach, wie die Abgrenzung definiert sei, vom Betriebshof, ob die Arbeiten vom Betriebshof oder von Fremdfirmen ausgeführt werden sollen. Die Frage wird von Herrn Gasper von der Verwaltung bearbeitet. Steht nix drin, wie sie beantwortet wurde. Nächster Punkt, allerdings nachdem nicht alle Fragen geklärt werden konnten, hat der Vorsitzende in den nächsten Tagen vorgeschlagen, so etwas hier mit mir einen Termin zu machen. Bei dem Termin ging es um eine Baumaßnahme in Büdingen, wo es möglich ist, ich betone es, ein Einfamilienhaus mit 750 qm Wohnfläche zu bauen. Das sind zwei Grundstücke, es kommt auf jedes Grundstück sind 200 qm machbar, zwei Zweigeschosse.“

Bürgermeister Hoffeld merkt dazu an, Herr Temmes habe jetzt mehrere Punkte angesprochen. Manche Punkte hätten mit dem aktuellen Tagesordnungspunkt nichts zu tun. Zu Tagesordnungspunkt 3.1 werde er die Sätze vorlesen, die hier gesprochen worden seien und die auch so in der Niederschrift drin stünden. Lediglich ein Nebensatz, der aus Sicht der Verwaltung zur Sache erstmal nichts beitrage, fehle. Die wesentliche Aussage - und das habe Herr Temmes eben angesprochen - dass veraltetes Kartenmaterial vorgelegt worden sei, stehe in der Niederschrift. Darum empfehle die Verwaltung auch, den Antrag zurückzuweisen. Er zitiert aus der Niederschrift: „Ratsmitglied Borger führte in der Sitzung wörtlich aus: „Vorab einige Anmerkungen zu den vorgelegten Sitzungsunterlagen. Wir hatten schon im zuständigen Fachausschuss bemängelt, dass uns völlig veraltetes Kartenmaterial vorgelegt wird, welches die tatsächliche räumliche Situation nicht wiedergibt. Hier sind z.B. Parkflächen eingezeichnet, die es schon lange nicht mehr gibt. Und es wird auch nicht das Parkchaos deutlich, das an besonders guten Besuchstagen herrscht.“ In der Niederschrift sei Folgendes festgehalten: „Fraktionssprecher Borger (Grüne) macht vorab einige Anmerkungen zu den vorgelegten Sitzungsunterlagen. Seine Fraktion habe schon im zuständigen Fachausschuss bemängelt, dass völlig veraltetes Kartenmaterial vorgelegt worden sei. Hier seien z.B. Parkflächen eingezeichnet, die es schon lange nicht mehr gebe. Und es werde auch nicht das Parkchaos deutlich, das an besonders guten Besuchstagen herrsche.“ Aus seiner Sicht sei das inhaltlich identisch.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) führt aus: „Ich mache es kurz. Ich mache es ganz kurz. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass es identisch ist. Das ist genauso wie bei dem TOP Baubetriebshof, da ist es in bestimmten Punkten auch nicht identisch, obwohl die Verwaltung gesagt hat, es wäre so. Ich lege Wert darauf und das ist eben ganz maßgebend, wenn man sich mit Kartenmaterial beschäftigt, dass Kartenmaterial vorliegen muss, wo z.B. eine Neubaumaßnahme in einem räumlichen Zusammenhang dargestellt wird. Warum dieser eine Satz, der entscheidend ist für die Darstellung einer Baumaßnahme in einem Gelände. Warum dort der - mir geht es überhaupt nicht darum, wie das Gastronomiegebäude aussieht, mir geht es darum, wie die gesamte Planung im räumlichen Zusammenhang mit dem Wolfspark zu sehen ist. Nämlich es geht im Endeffekt oben um den Wolfspark und nicht um eine Gastronomie.“

Fraktionssprecher Auweiler (CDU) merkt wörtlich an: „Ich finde es sehr gut, dass wir politische Themen zuerst einmal in nichtöffentlicher Sitzung beraten. Das sorgt dafür, dass vielleicht die Parteipolitik im einen oder anderen Punkt außen vor ist. Wie ich dies eben gehört habe, konnte ich mich doch nicht hier auf dem Sessel halten. Und zwar wurde angesprochen, dass Bürgermeister Hoffeld wohl ermittelt hätte, und zwar in meinem Fall. Und zwar wurde mir vorgehalten, dass ich aus nichtöffentlicher Sitzung gesprochen hätte. Sämtlichen Schriftverkehr des Herrn Borger habe ich dazu da. Jeder, der hier im Raum ist, kann dazu entsprechend nachher die Unterlagen einsehen. Entsprechende Verfahren, wissen Sie auch Herr Borger, sind bei der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden. Weil bei dieser besagten Sitzung, wo sie vorgeworfen hatten, ich hätte aus nichtöffentlicher Sitzung gesprochen, war ich gar nicht anwesend, aber Sie. Also, wie sie da auf diesen Vorwurf kommen, dass ordentliche Mitglieder hier aus den Sitzungen sprechen, ist ungeheuerlich. Das ist, denke ich mal, auch eines Rates wie hier in der Kreisstadt Merzig nicht würdig. Gleichzeitig wundere ich mich aber Herr Temmes, Sie haben das ja eben auch angesprochen, nichtöffentliche Sitzungen, das ist ein klarer Verstoß gegen das KSVG, wenn man daraus berichtet. Ihr eigener Fraktionsvorsitzender bei der letzten Sitzung. Kaum war die Sitzung zu Ende, kommen Inhalte der nichtöffentlichen Sitzung bei ihm auf Facebook mit einem schönen Bild von einer schwarzen und roten Kröte zum Vorschein. Ob das der politische Umgang hier in der Kreisstadt Merzig sein soll, mag ich doch schwer bezweifeln. Ferner nervt es mich permanent, wir haben jetzt gleich schon 18:15 Uhr, wie aus Banalitäten Empörungswellen werden. Man muss auch daran denken, dass hier einige ehrenamtlich tätig sind und es ist schon schade, dass die Mitglieder aus meiner Fraktion zu mir hinkommen und sagen: „Wir wollen uns doch für die Kreisstadt, für unsere Stadtteile einsetzen und beschäftigen uns nur mit solchen Banalitäten, mit Lügen und Bezichtigungen, die Merzig in keinsten Art und Weise nach vorne bringen.“ Das beschämt uns alle. Wir werden auch, wenn wir wieder auf den Tagesordnungspunkt zurückkommen, wenn man sieht, wir haben hier allein fünf Einwände. Wenn wir darüber nachdenken, inwiefern wir vielleicht ein Stellenaufwuchs hier in der Verwaltung haben werden, damit wir die Verwaltung von gewissen Dingen entlasten. Damit diese eine Konzentration auf ihre Kernaufgaben hat und die Kernaufgaben einer Stadtverwaltung sind es nicht, 45 Minuten lang Einwände zu besprechen, Eingaben bei der Kommunalaufsicht zu besprechen, obwohl - und das will ich hier betonen - Sie natürlich ein Recht dazu haben. Das gibt der demokratische Rechtsstaat so her. Aber man hat ja auch Rechte und Pflichten und die Pflichten sind ganz klar, in den Vorlagen auch zu ersehen, dass Rat und Verwaltung zusammenarbeiten müssen. Und zum Punkt Transparenz: jedem Zuschauer steht es hier frei, nach draußen zu gehen und alle Vorlagen, die hier heute in öffentlicher Sitzung besprochen werden, können auch eingesehen werden. Es ist kein Geheimnis und da kann man auch in sehr ausführlicher Weise erkennen, wie hier Parteipolitik gemacht wird. Wir wollen keine Selbstbeschäftigung hier des Rates mit der Verwaltung haben. Wir wollen Merzig weiter nach vorne bringen und ich hoffe, dass diese Punkte, die wir heute in einem langen Prozess beraten, endlich mal ein Ende haben. Vielen Dank.“

Fraktionssprecher Borger (Grüne) führt aus: „So, das war jetzt Dampf ablassen. Vielleicht eine Anmerkung, Herr Auweiler: Schade, ich möchte jetzt die E-Mail nicht verlesen, die mir zu-

gestellt wurde, wo Ihr Name auch genannt wurde. Es ist Fakt, dass aus einer nichtöffentlichen Sitzung unwahre Behauptungen getätigt wurden. Der Bürgermeister hat ermittelt, das weiß ich von der Kommunalaufsicht. Der Bürgermeister hatte unmittelbar danach alle Ratsmitglieder angeschrieben und auf die Vertraulichkeitsverpflichtung hingewiesen, und wenn Sie behaupten, ich hätte aus nichtöffentlichen Sitzungen berichtet, natürlich darf das jeder. Genau das hat der Bürgermeister auch geschrieben. Was man aus nichtöffentlichen Sitzungen berichten darf. Man darf Inhalte berichten, man darf sogar das berichten, wie man selbst abgestimmt hat. Nichtöffentliche Sitzungen sind keine geheimen Sitzungen, man darf jederzeit über Inhalte berichten, man darf nur nicht sagen, wer wie abgestimmt hat oder wer was gesagt hat. Deswegen, wenn Sie hier die Leute informieren, dann bitte richtig. Da fehlt Ihnen scheinbar ein Einblick in das Schreiben des Bürgermeisters, da steht alles wunderbar drin.“

Bürgermeister Hoffeld erklärt gegenüber Herrn Borger in Bezug auf Punkt 3.2: „Ja, ich habe gesagt, die Unterstellungen, mit denen Sie arbeiten. Gestatten Sie mir bitte den Satz. Allein schon, wenn sie sich hier vorne hinstellen und sagen: „Man könnte den Eindruck gewinnen, dass.“ Allein das hat schon irgendwo den Eindruck von Unterstellung und das machen Sie permanent.“

**Beschluss:**

Der Einwand von Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) wird zurückgewiesen und die Richtigkeit der Niederschrift festgestellt.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	5	3

- 3.2 Einwand vom 21.01.2020 gegen TOP 6 der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 14.11.2019** **2020/343**  
ungeändert beschlossen

**Beschluss:**

Der Einwand vom 21.01.2020 von Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) gegen TOP 6 der Niederschrift über die Stadtratssitzung vom 14.11.2019 wird zurückgewiesen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	4	4

- 3.3 Veröffentlichung der Tonaufnahme zu TOP 6 sowie aller künftigen Redebeiträge in öffentlichen Sitzungen; Antrag B90/Die Grünen vom 03.02.2020** **2020/371**  
abgelehnt

Fraktionssprecher Borger (Grüne) erklärt: „Ich mache es nur ganz kurz. Wir haben schon seit Beginn des letzten Stadtrates z.B. auch für die Einwohnerfragestunde gesorgt. Wir legen als Fraktion großen Wert auf Transparenz und das wollen wir eben auch fortsetzen dadurch, dass Personen, Menschen, die eben an Stadtratssitzungen, an Abläufen von öffentlichen Sitzungen Interesse haben, dass die eben auch Zugang bekommen zu den Dingen, die hier besprochen werden. Und dann zu sagen, man kann sich ja von der Arbeit Zeit holen, dass man sich dann hier vorne in den Flur setzt oder irgendwohin. Das ist nicht unser Ansinnen, deswegen haben wir beantragt, dass in Zukunft alle Sitzungen, die eben - was wir unterstützt haben von der CDU-Fraktion - dass die eben gestreamt werden. Das ist auch kein zusätzlicher Verwaltungsaufwand. In der heutigen Zeit moderner Medien ist das ein Kopfdruck und die Dinge stehen online. Derjenige, der will und eben keine Zeit hat, in den Rat zu kommen, der kann eben dann die entsprechende Sitzung verfolgen. Und das Zweite ist, das wir beantragt haben, betrifft das Abstimmungsverhalten nach Fraktionen. Das ist gewohnte Praxis im Landtag überall, dass auch der Wähler erkennt, wie seine Mandatsträger sich zu bestimmten Fragen positionieren. Hier wird immer gesagt, der Stadtrat hat beschlossen oder hat mit Mehrheit beschlossen oder einstimmig oder es wird ein Stimmresultat bekannt gegeben und keiner der Bürger draußen weiß eigentlich, welche Partei sich wie verhalten hat. Das ist unser Antrag.“

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass Herr Borger bei seiner letzten Äußerung schon auf den nächsten Antrag unter TOP 4 eingegangen sei; man befinde sich aber aktuell bei TOP 3.3. Der erste Punkt zielt darauf ab, die Tonbandaufnahme zu TOP 6 vom 14.11.2019 zu veröffentlichen. Beim zweiten Punkt gehe es darum, die Tonbandaufzeichnung generell zu veröffentlichen. Und der Punkt vier, der eben angesprochen worden sei, der werde erst später diskutiert.

Ratsmitglied Spanier (LINKE-Fraktion) führt wie folgt aus: „Ich finde den Antrag absolut begrüßenswert. Es ist im Sinne der Transparenz, wenn alle Leute - auch diejenigen, die hier nicht persönlich anwesend sein können - den Inhalt der Sitzungen im Detail nachvollziehen können. Beide Systeme haben mit Sicherheit gewisse Vor- und Nachteile, deshalb würde mich interessieren, wie die Verwaltung dazu steht, was die Verwaltung denkt, was für sie das einfachere, günstigere Verfahren - vielleicht auch mit weniger Arbeitsaufwand - ist.“

Bürgermeister Hoffeld führt dazu aus - dies stehe auch so in der Sitzungsvorlage - man könne theoretisch auch mit beiden Formen leben. Allerdings sollten nach Ansicht der Verwaltung, wenn es dazu komme, dass Tonbandaufzeichnungen generell veröffentlicht werden, nur noch Ergebnisprotokolle erstellt werden. Das werde die Sache am Ende vereinfachen.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) führt wie folgt aus: „Das KSVG steht über der Geschäftsordnung des Stadtrates. Dort steht eben drin, wie Niederschriften auszusehen haben. Es steht nicht drin, dass Liveaufnahmen, die gestreamt werden, Niederschriften ersetzen. Es steht auch drin im KSVG, dass auf Antrag eines Mandatsträgers, der eine Rede hält, diese Rede wörtlich ins Protokoll aufzunehmen ist. Deswegen, das KSVG steht über der Geschäftsordnung.“

Fachbereichsleiter Klein führt dazu aus: „Ja, Herr Borger sie haben Recht. Im KSVG gibt es gewisse Vorgaben, wie eine Niederschrift auszusehen hat. Dort steht drin, dass die Niederschriften den wesentlichen Inhalt der Verhandlung wiedergeben. Der wesentliche Inhalt der Verhandlung bedeutet ein Ergebnisprotokoll und keine wortwörtliche Rede. Und selbst, wenn Sie als Ratsmitglied den Antrag stellen auf wörtliche Aufnahme Ihres Redebeitrages, bedeutet dies auch nur den Kerngehalt Ihrer Ausführungen. Die wortwörtliche Wiedergabe erfolgt nur dann, wenn die Zusammenfassung Ihres Redebeitrages missverständlich wäre.“

## Beschluss:

Die Veröffentlichung der Tonaufnahme zu TOP 6 der Sitzung vom 14.11.2019 (Abstimmungsergebnis oben) sowie die generelle Veröffentlichung der Redebeiträge aller künftigen öffentlichen Sitzungen (Abstimmungsergebnis unten) auf der Homepage der Kreisstadt Merzig werden abgelehnt.

## Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	21	2
7	25	1

---

## 4 Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates; Antrag 2020/327 B90/Die Grünen vom 08.01.2020 ungeändert beschlossen

Fraktionssprecher Borger (Grüne) führt wie folgt aus: „Auch dies bitte ich wörtlich in die Niederschrift aufzunehmen, weil sie missverständlich sein könnte. Ich zitiere mal: „Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 64. Wer für die Annahme ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Landtagsfraktion, dagegen gestimmt haben die CDU-Landtagsfraktion, die SPD-Landtagsfraktion, die DIE LINKE-Landtagsfraktion sowie die fraktionslose Abgeordnete“, so in den Plenarprotokollen des saarländischen Landtages. So funktioniert eine ordnungsgemäße Abstimmung und die Verkündung eines transparenten Ergebnisses, denn die Bürgerinnen und Bürger bzw. die Wählerinnen und Wähler wollen wissen, wie sich die, die sie in den Stadtrat gewählt haben, verhalten, d.h. wie sie mit dem Wählerauftrag umgehen. In Merzig funktioniert das leider anders. Durch die Machtposition der GroKo wird das Abstimmungsergebnis in der Niederschrift z.B. wie folgt wiedergegeben: 17 dafür, 2 dagegen, eine Enthaltung. In der Öffentlichkeit und in öffentlichen Verlautbarungen der Vertreter der großen Koalition wird aus diesem nicht zuordbaren Abstimmungsresultat dann „der Stadtrat hat mit Mehrheit beschlossen“. Das ist dann so die Zusammenfassung, der Stadtrat hat mit Mehrheit beschlossen. In den letzten Jahren wurden aus unserer Sicht viele und für die Stadtentwicklung schädliche Beschlüsse gefasst, dass es schon wichtig wäre, deutlich zu machen, wer diese zu verantworten hat. Wir oder andere Oppositionsparteien und Politiker werden durch die Verkündung „der Stadtrat hat beschlossen“ in Sippenhaft genommen. Das wollen wir nicht mehr und das wollen wir mit dem Antrag ändern. Wovon hat man eigentlich Angst? Ist es so schlimm, sich mit seinem Abstimmverhalten der Öffentlichkeit zu stellen? Machen wir es doch wie z.B. der Ortsrat Hilbringen, der so wie im vorliegenden Antrag verfährt. Dort wird getrennt nach Fraktionen abgestimmt und auch das Abstimmungsergebnis in der Niederschrift festgehalten. Das neu aus dem Hut gezauberte Argument, dass dies nicht praktikabel sei, ist weltfremd und dient offenbar nur dem Zweck, die letzte Möglichkeit zu nutzen, um dies weiter zu verhindern und die existierende Intransparenz politischer Entscheidungen zu zementieren. Wir bitten daher, unseren Antrag - auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, d.h. der Wählerinnen und Wähler - zu unterstützen.“

Fraktionssprecher Auweiler (CDU) führt dazu aus: „Zuerst mal der Vergleich mit Bundestag und Landtag hängt voll. Wir haben hier nur eine Protokollführerin. Ich habe ja eben schon gesagt, wir haben momentan sehr viele Sachen, die demokratisch auch rechtens sind, die jetzt hier auch bearbeitet werden müssen. Deshalb, wie vor einem halben Jahr auch: Natürlich hat man das Recht, den Antrag jedes halbe Jahr hier nochmal zu präsentieren. Vor einem halben Jahr haben wir das auch ausführlich dargelegt, warum wir das nicht wollen. Und wir



wollen es heute auch nicht. Deswegen lehnt die CDU-Stadtratsfraktion den Änderungsantrag ab.“

Ratsmitglied Weiten (Grüne) führt wörtlich aus: „Ich will das Ganze jetzt nochmal ein bisschen versachlichen und nochmal darstellen, wo wir ein Problem sehen. Das ist eines der vielen Probleme. Meine Zeit wird auch nicht reichen, ist egal. Ich schicke Ihnen das auch zu, den einzelnen Mandatsträgern ist es schon zugeschickt worden. Ich äußere hiermit eine Bitte an die Mandatsträgerinnen und -träger: Wie weit ist es möglich, die Verwaltung im Bereich - und da geht es einfach um die Effektivität, das ist nur ein Beispiel, im Bereich des Abstimmungsverfahrens von Beschlüssen etc., durch Bereitstellung von elektronischen Hilfsmitteln, ist heute eigentlich gar nichts mehr Besonderes, zum Zwecke der Stimmabgabe, der Stimmzahl-Erfassung und der Stimmzahl-Auswertung zu unterstützen. Ich find das heut super. Ich fand das so genial, wie man sich heute die Zeit genommen hat, alles genau zu zählen. Ja, Nein, Enthaltungen. Mit mehr als nur zwei Personen, einen Zeitaufwand, den man auch anders lösen kann. Ich werde darauf eingehen, warum ich das sage.

Herr Bürgermeister, ich fragte Sie in einer der letzten Sitzungen oder vor einiger Zeit, ob es richtig sei, dass bei der Abstimmung einer Beschlussvorlage wie folgt vorgegangen wird: Der Sitzungsleiter (meistens Sie, Herr Bürgermeister) leitet die Abstimmung über die Beschlussvorlage mit folgenden Worten: Es wird über den Beschluss XY abgestimmt. Danach folgen die Fragen. Wer ist für den Beschluss, denn bitte ich um Handzeichen. Es wird durch Handheben der Ja-Mandatsträgerinnen und -träger dieses angezeigt. Es werden die erkennbaren Anzeigenden durch mehrere Personen, heute läuft es super, ich finde es prima gegenüber den anderen Zeiten, Personen der Verwaltung abgezählt. Folgefrage. Wer ist dagegen? Es wird durch Handheben der Nein-Mandatsträgerinnen und -träger dieses angezeigt. Es wird die erkennbaren Anzeigenden durch mehrere Personen der Verwaltung abgezählt. Folgefrage. Wer enthält sich? Heute super gelaufen, so habe ich das noch nie erlebt, in einem halben Jahr, wo ich dabei bin. Es wird durch Handheben der Mandatsträgerinnen und -träger angezeigt. Es werden die erkennbaren Anzeigenden durch mehrere Personen der Verwaltung gezählt. Ich find es super, wie es heut gelaufen ist. Das Ergebnis der Abstimmung wird durch den Sitzungsleiter, von Ihnen Herr Bürgermeister, bekannt gegeben. Es wird klar und deutlich verkündet. Mit ja haben X (Zahl) gestimmt. Mit Nein haben X (Zahl) abgelehnt und Enthaltungen. Wir haben ja jetzt eigentlich für Jedermann die Möglichkeit gehabt, jetzt z.B. als Beispiel. Ich werde das noch ausführen. Jeder kann zuhören, wenn dort Aufzeichnungen ausgelegt werden. Zunächst einmal einige Grundsatzfragen: Wenn keine Gegenstimme (Nein) gezählt wird. Ist der Beschluss dann Einstimmig? Ist das so richtig? Sie können direkt antworten, die Mandatsträger können direkt antworten. So sehe ich das. Spätestens nach dem Verlaut des EU Rechts, z.B. Art. 238 Abs. 4 AEUV. Die zweite Frage: Stimmenenthaltungen zählen bei der Berechnung der Mehrheit nicht mit! Ist das so richtig? (KSVG § 45 Abs. 7). Nicht-Äußerung, also nicht erkennbares Anzeigen, gilt als Stimmenthaltung! Ist das so richtig? Nach Geschäftsordnung § 15 Abs. 6. Aufgrund der Optimierung der Stimmabläufe, das war heute nicht der Fall, weil Sie haben sich die Zeit genommen und die ist kostbar die Zeit, man kann es auch anders machen. Deswegen habe ich vorhin die Bitte geäußert. Was ich grundsätzlich begrüße, also die Optimierung. Fiel mir seit der Mandatseinführung, seitdem ich dabei bin. Ich weiß nicht, ob das irgendeinem aufgefallen ist, mir ist es aufgefallen. Sind dann Fragen aufgetreten. Ich werde Ihnen das anhand der Abstimmung Top 5 Stadtratssitzung vom 14.11.2019 als erstes Beispiel darlegen.“

Bürgermeister Hoffeld erklärt, er verstehe nicht, was die Ausführungen von Ratsmitglied Weiten (Grüne) mit dem Tagesordnungspunkt 4 zu tun haben. Es werde der Eindruck erweckt, als ob im Rat permanent falsch gezählt werde. Es sei in der Vergangenheit, in den Jahren, in denen er Bürgermeister sei, noch nie dazu gekommen, dass irgendetwas angemerkt oder das Abstimmungsergebnis angezweifelt worden sei. Man erwecke jetzt hier den Eindruck, es werde heute anders gezählt. Das Ergebnis werde immer noch einmal von ihm laut vorgelesen. So sei er übrigens auch in der Sitzung am 14.11.2019 vorgegangen. Er sowie alle Mitarbeiter am Vorstandstisch würden zählen. Am 14.11.2019 habe er auch mitgezählt. Es habe drei Enthaltungen gegeben und er schaue zu Herrn Temmes. Es seien definitiv drei Enthaltungen

tungen gewesen, alle fünf Mitarbeiter, die hier vorne sitzen, hätten dies bestätigt. Am Tag nach der Sitzung habe Fachbereichsleiter Bies, der in den Zuschauerrängen gesessen habe, zu ihm gesagt, dass er es toll gefunden habe, dass Herr Temmes sich ebenfalls dem Verwaltungsvorschlag angeschlossen habe. Von daher jetzt zu unterstellen, es würde immer falsch gezählt werden, sei aus seiner Sicht nicht in Ordnung.

Ratsmitglied Temmes (Grüne) führt dazu aus: „Jetzt alle zum Mithören - unter Eides statt - ich bin hier vom Mikro weggegangen, bin zu meinem Sitz gegangen und wir haben mit dem Kollegen Weiten und dem Kollegen vorne haben wir abgesagt, aufgrund der Situation, dass hier dieses Ergebnis für uns negativ ausgeht, stimmen wir mit einer Enthaltung. Das war die Aussage am Platz von mir, vor Ort. Und dann hat der Bürgermeister gesagt: „Wer stimmt dafür, wer Enthält sich und dann hab ich die Hand gehoben. Das ist eindeutig wahr. Das kann jeder im Raum hier, der kann das groß in die Presse rein schreiben, dass die Presse hat, also hier. Der erste Bericht war schon chaotisch, ein Pressebericht existierte, wobei der Pressewart nicht hier anwesend war. Dann hätte der es auch mit sehen können. Also, ich sag es wirklich unter - und das bekommen Sie auch noch schriftlich von mir - dass ich an Eides statt hier erkläre, dass von mir aus eine Enthaltung stattgefunden hat.“

#### **Beschluss:**

Die beantragte Änderung der Geschäftsordnung wird abgelehnt.

Ratsmitglied Thomas Klein hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	4	5

---

#### **5 Verabschiedung einer Resolution im Zusammenhang mit dem städtischen Verkehrskonzept; Antrag "Die LINKE" und B90/Die Grünen vom 27.11.2019**

**2020/333**  
abgelehnt

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt wörtlich: „Eine Anmerkung vorab, ich bitte diesen Redebeitrag wörtlich ins Protokoll aufzunehmen, ich übermittle ihn als E-Mail, damit die Protokollführung wie auch bei den anderen Punkten keine Arbeit hat. 2007 hat der LfS das Verkehrsgutachten für die Ortsdurchfahrt Merzig beauftragt. Zentrales Ergebnis war, den Kaufland-Kreisel um eine zweite Fahrspur zu ergänzen. CDU- und SPD-Fraktion unterstützten die Ertüchtigung des Kreisels geradezu euphorisch. Ich zitiere: „Die CDU Fraktion wisse, dass es keine andere Lösung gebe, als dass der Hela-Kreisel durch ein Turbinensystem ertüchtigt werden müsse.“ So gesagt am 11.12.2008 in der Stadtratssitzung. Insgesamt 4 Büros hatten die Vorschläge des Büros Bonzio, Brillon etc., also auch den Erhalt des Kreisels, als die beste Lösung bestätigt, wie Herr Ernst in der Sitzung ausführte. Aus heiterem Himmel schlägt das gleiche Büro Bonzio, Brillon etc. kurze Zeit später dann dessen Ersatz in eine Ampelanlage vor. Warum? Ganz einfach! Am Stadtrat vorbei wurde dem Büro der Auftrag erteilt, eine neue Planung zu machen mit der Maßgabe einer direkten Ableitung des Verkehrs von der damaligen B51 aus Richtung Besseringen kommend in die Innenstadt. Verkehrsministerin Rehlinger schreibt am 12.12.2017, wer dies beantragt hatte. Ich zitiere: „Die Neuplanung zum Ampelbau ergab sich aufgrund von Wünschen der Stadt Merzig.“ Also, der „Schuldige“ am Kreiselsrückbauplan war nicht der LfS, wie immer wieder behauptet, sondern die Spitze der Verwaltung. Und jetzt kommt der „Hammer“. Die Stadt Merzig schreibt am 06.05.2016, dass die Planung des Büros Bonzio zum Ersatz des Kreisels durch eine Ampel-

anlage „unter der Prämisse“ erfolgte, dass eine direkte Anbindung der ehemaligen B51 aus Richtung Besseringen in die Innenstadt in Höhe Kaufland erfolgt. Und was machte die Stadtratsmehrheit? Sie fasste am 30. Juli 2016 den Beschluss, dass keine Anbindung in die Innenstadt wie vom Gutachter empfohlen erfolgen soll. Damit wurde die ganze Planung des Gutachters ad absurdum geführt, auf die man sich heute reflexartig beruft.

Was dann folgte, ging an den Interessen der Merziger Bevölkerung völlig vorbei. Eine von uns beantragte Einwohnerbefragung wurde genauso abgelehnt wie ein Bürgerbegehren. Man hatte Angst vor dem bekannten Ergebnis. Es geht heute aber zusätzlich noch um eine komplett neue Situation. Das ist auch der Grund unseres Antrages. Nicht nur das über die Medien verbreitete klare Ja zur Nordumfahrung, auch die mögliche Reaktivierung der Bahnverbindung könnte Entlastung bringen. Zum Thema Nordumfahrung: Es wird nicht mehr von Überlegungen oder Planungen gesprochen, sondern von einer „Realisierung“ Mitte 2020, wie Annegret Kramp-Karrenbauer in der SZ vom 11./12. Januar verkündete. Die Definition für Realisierung ist, ich zitiere: „einen Plan in die Tat umsetzen“. Und ja, die mögliche Trasse V5 ist geplant und untersucht. Ich kenne das, ich habe das alles auf meinem Schreibtisch, Umweltverträglichkeitsstudien alles liegt vor. Nach dem Machtwort von AKK können nun diejenigen bauen, die meinen, in dem Neubau von Straßen das große Heil für die Lösung aller Verkehrsprobleme der Zukunft zu finden. Wir als Grüne haben da einen ganzheitlichen und nachhaltigen Ansatz. Die bisherigen Verkehrsuntersuchungen und auch das Planfeststellungsverfahren und jetzt kommt es, da gibt es so einen Theo auf Facebook, der nervt mich schon seit ein paar Monaten, der soll zuhören. Ich gehe davon aus, der Theo ist hier im Raum. Die bisherigen Verkehrsuntersuchungen und auch das Planfeststellungsverfahren sind aber immer von dem Nein zur Nordumfahrung und einem Nein zur Reaktivierung der Bahnstrecke ausgegangen, denn es stand zu keiner Zeit ein mögliches Ja im Raum. Insofern ist der Verweis, niemand hätte in der Planoffenlegung Widersprüche eingelegt, wenig geistreich. Die Pläne lagen vom 19.09.2018 bis 18.10.2018 und die festgestellten Pläne vom 13.08.19 bis 26.08.19 aus, also sehr lange Zeit vor der Ankündigung Bau Nordumfahrung und einer möglichen Reaktivierung der Bahnstrecke. Deswegen: es bringt überhaupt keinen Sinn, Einsprüche in Planfeststellungsverfahren werden im Übrigen meist politisch motiviert weggebügelt. Eine Nordumfahrung und eine Bahnreaktivierung, so das erklärte Ziel, werden eine Reduzierung des Verkehrs in Merzig bedeuten.“

Bürgermeister Hoffeld begrüßt die anwesenden Vertreter des LfS, Frau Müller, Frau Osner, Herr Ebel und Herr Sauer.

Ratsmitglied Fischer (SPD) führt wie folgt aus: „Diese Resolution wird von der SPD-Fraktion aus inhaltlicher und rechtlicher Sicht abgelehnt. Zunächst mal möchte ich festhalten, dass es in diesem Verkehrskonzept nicht ausschließlich um den Umbau des Hela-Kreisels zu einer Ampelkreuzung geht. Es handelt sich hier um ein modernes, intelligentes und zukunftsfähiges Verkehrskonzept, das den Verkehrsfluss in und durch Merzig verbessern wird. Und selbst, wenn eine der Varianten der ebenfalls genannten Nordsaarlandstraße kommen sollte, wovon man einfach ausgehen muss, dass es Jahre dauern wird. Wenn, es denn überhaupt jemals eine Einigung geben sollte. Selbst, wenn diese Nordumfahrung kommen sollte, so wird es doch in Merzig in den nächsten Jahren, wie ein den letzten Jahren auch, von Jahr zu Jahr mehr Fahrzeuge auf den Straßen geben. Das kann man schon daran erkennen, dass in der verkehrstechnischen Untersuchung, die hierzu schon vor einigen Jahren angefertigt wurde, mit wesentlich weniger Fahrzeugen kalkuliert wurde, als wir heute schon haben. Das bedeutet, dass das vorhandene Konzept schon heute an seine Grenzen stößt. Und man muss davon ausgehen, dass künftig noch bedeutet mehr Fahrzeuge unterwegs sein werden. Ich möchte hier auch betonen, dass die SPD-Fraktion auch Klima- und Umweltaspekte im Blick hat. Weniger Stau durch ein kluges Verkehrskonzept bedeutet auch weniger CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Auch das darf man hier nicht außer Acht lassen. Für Radfahrer ist das Konzept ebenfalls sinnvoll. Durch klar geregelte Fahr- und Halteabschnitte ist man mit dem Fahrrad wesentlich sicherer unterwegs, als wenn jeder parken kann, wann auch immer er die Lücke als groß genug erachtet. Und wenn man das Thema Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer ernst nimmt, dann müssen wir es jetzt auch umsetzen. Entscheidend ist hier aber eigentlich

nur eins: der Stadtrat hat dem Konzept schon mehrfach zugestimmt. Die Pläne wurden im Planfeststellungsverfahren, hier im Rathaus, mehrere Wochen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Alle Einwohner und Einwohnerinnen hatten somit die Gelegenheit, Einwendungen zu erheben. Dies ist nicht geschehen. Und nachdem die Einwände von Landkreis und Stadt eingearbeitet worden sind, hat man die Pläne noch einmal vorschriftsgemäß mehrere Wochen ausgelegt. Auch dieses Mal ist kein einziger Einwand eingegangen. Dadurch ist hier ein Baurecht entstanden, das nicht mehr angefochten werden kann. All das ist im Saarländischen Verwaltungsverfahrensgesetz nachzulesen. Von daher lehnt die SPD-Fraktion es ab, eine solche Resolution zu verabschieden.“

Fraktionssprecher Auweiler (CDU) führt wie folgt aus: „Zuerst mal ist es wichtig, dass man natürlich über die Thematik spricht. Wir haben heute extra eine Sondersitzung einberufen, weil ein Eilantrag der drei Fraktionen vorlag. Was mich allerdings wundert, der Antragssteller selber hat darauf bestanden, dass es in diesem Jahr und nicht im Vorjahr behandelt werden soll. Obwohl wir im letzten Jahr, im Dezember, noch eine Sitzung hatten. Warum das jetzt auf einmal so eilig ist, kann ich nicht nachvollziehen. Wie die Vorrednerin schon gesagt hatte, liegt das Schreiben des Landesbetriebs ja vor, der ganz klar festgelegt hat oder festgestellt hat, dass Baurecht vorliegt. Und wir als CDU halten uns an die Vorgaben des Rechtsstaates, die Vorrednerin ist ja ausführlich darauf eingegangen. Ich erwarte auch nicht von den Bürgerinnen und Bürgern, das die sich in dem Verfahren auskennen, wie ein Planfeststellungsverfahren in Detail durchgeführt wird, hätte mir aber zumindest mal von den wissenden Ratsmitgliedern, auch die vielleicht an höchster Stelle mal mitgearbeitet haben, doch - wenn man auch gegen den Umbau ist - schon zu früherer Zeit gerne auch gehört, dass ein Widerspruch vorliegt. Also eben das Vorgeplänkel lasse ich außen vor bei Ihnen, wenn sie von vornherein gegen den Umbau gewesen wären, hätten sie auch rechtzeitig die Möglichkeit wahrgenommen, Einspruch einzulegen. Einen bekamen wir von der Stadt, wenn es um die Gestaltung der Flächen geht außerhalb der Verkehrsflächen. Aber ich möchte mich hier jetzt nicht reduzieren, als CDU-Stadtratsfraktion, dass wir jetzt das geltende Baurecht als Ablehnungsgrund vorschieben. Die CDU - und das wurde eben auch herausgearbeitet - war emotional für den Kreiselerhalt. Auch der Bürgermeister hat, als er das Amt hier begonnen hat, in seiner ersten Amtszeit nochmal versucht, am Kreisel festzuhalten. Aber wir sind auch rational und nicht emotional an die Sache rangegangen und haben uns mit den Fachleuten auseinander gesetzt. Und der Kreiselpapst, der hat nicht umsonst diesen Namen, der normal immer Kreisel haben möchte, hat hier diese Variante mit seinem Team - und das sind welche, die an Hochschulen lehren, das sind keine, die an den Stammtischen sitzen wie andere oder an irgendwelchen Stätten - vorgeschlagen. Wir haben das auch ausgearbeitet, haben es auch öffentlich vorgestellt. Und wie gesagt, emotional waren wir auch bei dem Kreisel, haben uns aber mit der Materie auseinandergesetzt und waren rational dafür. Wir haben die Vor- und Nachteile gegeneinander abgewogen. Wir wissen alle, die zumindest mal hier aufgepasst haben, dass der Landesbetrieb - vielleicht geht er nachher darauf ein - das Recht hat, auch wenn wir den ganzen Maßnahmen nicht zugestimmt hätten, dann die Ampelanlage an der Autobahn zu bauen, um dann praktisch die Autobahn staufrei zu halten. Das hätte dazu geführt, dass umgelenkt der Verkehr nach Merzig eingeflossen wäre. Wir hätten auch andere Kosten gehabt, wenn es darum geht, jetzt bei der Verkehrsunterführung. Auch da, hat die Bahn Baurecht. Auch dort können die die Dinge umsetzen, wir hätten deutlich mehr Geld in die Hand nehmen müssen, wenn wir diesen Verkehrsknotenpunkt, sei es jetzt Ampel oder sei es auch Kreisel, dann an die niedrigere Höhe hätten anpassen müssen. Und es muss auch akzeptiert werden - auch, wenn man irgendwelche Facebook-Videos zu unmöglichen Zeiten erstellt - dass in Spitzenzeiten der Kreisel nicht funktioniert. Aber wir wollen die Verkehrsmaßnahmen nicht nur auf den Kreisel beziehen. Wir wollen daran erinnern, dass bereits das Los A erfolgreich umgesetzt worden ist. Damals hat man auch gesagt, das geht nicht. D.h. hier sollte man auch die Gutachten ernst nehmen. Wir wollen als CDU auch die weitere Umsetzung, Merchinger- und Gipsbergstr. Wir haben auch die Entwicklung unserer Stadt im Blick. Wir wollen viele Entwicklungen noch machen, wie z.B. vor kurzem das Markthallengelände, was vorgestellt worden ist, mit Arbeitsplätzen. Wir wollen ein stabiles, ein starkes Mittelzentrum sein. Und wollen damit auch den Verkehrsfluss steuern. Das neue Ar-

gument des Antragstellers, jetzt hier die Nordumfahrung oder ein Teil der Nordsaarlandstraße damit positiv zu begleiten, ist zwar aus seiner Sicht verständlich, wenn man bei Verkehrsmaßnahmen nicht immer auf dem Gaspedal steht - aber das kann ich aus Sicht der Grünen mit Sicherheit nachvollziehen. Aber Achtung, hier wird nicht der Verkehrsfluss, sondern die Verkehrsmenge und die Anbindung an den Hochwaldraum betrachtet. Die CDU hat nie in der Vergangenheit aufgegeben, an diesem Projekt auch festzuhalten. Man hat dieses auch bei den Entscheidungen in der Vergangenheit berücksichtigt. Da wir Verkehrsmenge und Verkehrsfluss deutlich differenzieren können. Sogar der Nabu hat gesagt, dass das Optimierungskonzept umgesetzt werden soll. Wir wollen uns ausdrücklich bei der Verwaltung bedanken, dass die sich für eine Einführung einer Arbeitsgemeinschaft eingesetzt hat zur Sicherstellung der Erreichbarkeit in der Innenstadt. Und, dass man auch fleißig dann die Bürger/innen immer informiert. Wir wissen, das wird jetzt eine nicht schöne Zeit in den nächsten Monaten. Deshalb: mit Informationen, mit gemeinsamem Anpacken werden wir das schaffen. Denn wir bauen jetzt für morgen. Wir haben also Verständnis dafür, dass die Grünen keine Straßen bauen wollen. Aber, ich hoffe auf das Verständnis - und das ist auch Teil der Demokratie - dass man halt auch Verständnis dafür hat, dass wir als CDU die Menschen entlasten wollen. Deshalb jetzt Umsetzung aller Maßnahmen.“

Ratsmitglied Spanier (parteilos) führt aus: „Ich möchte Ihnen an dieser Stelle nicht zum 100sten Mal alle möglichen Argumente für und wider Kreisel bzw. Ampelanlage herunterbeten. Die meisten von Ihnen dürften mit dem Thema weitaus vertrauter sein, als ich es bin. Lassen Sie mich zu meiner persönlichen Motivation zu diesem gemeinsamen Antrag nur so viel sagen: Wie kann es sein, dass mit einem solchen Aufwand ein Projekt geplant und vorangetrieben wird, das keinen Raum vorsieht für Fahrräder, die Position von Fußgängern eher schwächt und so die Vorrangstellung des Autos nur weiter zementiert? Die Planung und mit ihr all das Geld, das in das Projekt fließen soll, wirkt dadurch wie aus dem vorigen Jahrtausend und ist längst nicht mehr zeitgemäß. Worüber ich aber in erster Linie zu Ihnen sprechen möchte, ist die Art und Weise, wie bei diesem Projekt zwischen Stadt und Öffentlichkeit miteinander kommuniziert wurde. Ich habe das Ganze nicht von Beginn an verfolgt, die Anfänge liegen noch in meiner Schulzeit. Was mich aber wundert, ist die große Empörung, die sich jetzt in der Bevölkerung regt. Ich habe bisher niemanden außerhalb von Stadtrat und Verwaltung getroffen, der diesen Umbau befürwortet. Wie kann es sein, dass jetzt eine Umsetzung erfolgen soll, wo doch aus der Öffentlichkeit ein so großer Gegenwind kommt? Ein Projekt von dieser Größenordnung, das so viele Leute jeden Tag betrifft, sollte meiner Meinung nach immer in Abstimmung mit den Bürgern erfolgen, und das ist hier scheinbar nicht passiert. Jetzt werden Sie sicher sagen: Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens hatte jeder Bürger die Möglichkeit, seine Einwände kundzutun. In der Theorie mag das vielleicht stimmen. In der Realität sind die Hürden jedoch hoch. Das wichtigste Medium, das amtliche Mitteilungsblatt, erreicht bei weitem nicht jeden. Die Mitteilungen darin sind oft in einer Form dargebracht, die schwer verständlich ist, voller Fachtermini, kompliziert formuliert, wichtige Erläuterungen und Hintergrundinformationen fehlen. Die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren sind im Rathaus einsehbar, aber es ist sowieso schon schwer genug für viele Leute, zu den Öffnungszeiten das Rathaus aufzusuchen, wenn man berufstätig ist oder sonstige Verpflichtungen hat.

Hinzu kommt, dass die Pläne für Unkundige oftmals nicht gut zu verstehen sind. Und auch einen Einspruch gegen das Verfahren zu schreiben, der auch Aussicht auf Erfolg hat, bedarf einiger Sachkenntnis über das Thema und darüber, wie man so etwas formuliert. Insgesamt sehe ich große Schwierigkeiten für einen normalen Bürger, bei einem solchen Verfahren durchzublicken und sich konstruktiv daran zu beteiligen. Und so wundert es mich nicht, dass niemand, nicht eine einzige Person aus meiner Familie und meinem Bekanntenkreis, die ich im Laufe der vergangenen Woche nach dem Planfeststellungsverfahren gefragt habe, davon Kenntnis hatte oder ein Bewusstsein darüber hatte, dass sie die Möglichkeit gehabt hätten, Einspruch zu erheben. Ich meine, eine große Diskrepanz erkennen zu können zwischen dem, was man von Seiten der Verwaltung glaubt, was bei den Bürgern an Informationen ankommt, und dem, was wirklich ankommt. Es wäre daher zu einfach für die Verwaltung, sich darauf auszurufen, dass man den Bürger ja informiert habe. Es sieht stattdessen so aus, als

klaffe eine große Lücke zwischen der Stadt und der Bevölkerung, was Transparenz und die Weitergabe von Informationen angeht.

Wir müssen uns für die Zukunft die Frage stellen, wie die Informationsweitergabe verbessert werden kann, welche zusätzlichen Kommunikationswege erschlossen werden können und wie Informationen so aufbereitet werden können, dass sie auch jeder versteht. Ich sehe bei diesen Punkten Nachholbedarf. Die Leute sind durch neue Kommunikationstechnologien mittlerweile daran gewöhnt, an so gut wie alle Informationen jederzeit heranzukommen, die sie haben möchten. Daraus hat sich auch eine Erwartungshaltung entwickelt. Die Leute wollen die Möglichkeit zur Information haben, und das ist auch ihr gutes Recht. Wir hier im Rat und auch die Verwaltung sehen uns in Zukunft mit der Aufgabe konfrontiert, neue Ideen und Konzepte zu entwickeln, um eine Brücke zu den Bürgern zu schlagen. Mit Methoden des vergangenen Jahrtausends werden wir in dieser Hinsicht nicht weit kommen.“

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass es mehrere Bürgerversammlungen zu dieser Thematik gegeben habe, die allerdings schon Monate zurückliegen würden. Darüber hinaus seien umfangreiche Informationen mehrfach auf die Internetseite gestellt worden, auch mit Animationen, die seinerzeit angefertigt worden seien. Die Verwaltung sei bestrebt gewesen, alle Informationen transparent zur Verfügung zu stellen. Man müsse aber auch berücksichtigen, dass im Rathaus eine Infoveranstaltung durchgeführt worden sei, an der noch nicht mal 30 Leute teilgenommen hätten.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP) führt wie folgt aus: „Die Fraktionsgemeinschaft FWM/FDP schließt sich der heute zur Rede stehenden Vorlage der Fraktionen „Bündnis 90/Die Grünen“ sowie „Die Linke“ weitgehend an. Wir haben heute mit Zustimmung zu der vorgelegten Resolution die Chance, im Sinne der Bürger zu votieren und verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Der Umbau des „Kaufland-Kreisels“ in eine „Ampelkreuzung“ entspricht in keiner Weise dem mehrheitlichen Willen der Bürgerinnen und Bürger von Merzig. Der „Kaufland-Kreisels“ ist uns als Entrée im Laufe vieler Jahre vertraut geworden. Wir haben uns an die sich selbst regulierende, sichere Verkehrsführung gewöhnt, wir haben den Kreisel lieb gewonnen. Dabei sehen wir den Kreisel auch als Platz für wechselnde Dekorationen, wie zuletzt mit dem Apfel zum 50. Viezfest oder an den alljährlich aufgestellten, beleuchteten Weihnachtsbaum. Das ist ein Stück Heimat, welches wir sehr vermissen würden.

Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass wir nicht grundsätzlich gegen Ampelkreuzungen sind. An einigen Stellen ist dies durchaus sehr sinnvoll. So hätte die neue Ampelanlage an der Kreuzung L174 zur Hilbringer Brücke schon vor Jahren gebaut werden müssen. Die aktuell von der Bundesverteidigungsministerin in Aussicht gestellte Möglichkeit der Realisierung der Nordumfahrung ist ein Punkt, der für Merzig (und auch für Mettlach) eine deutliche Verringerung des Durchgangsverkehrs bedeutet und den Umbau des Kaufland-Kreisels überflüssig macht. Verehrte Stadtverordnete! Ich bitte Sie heute, ganz nach ihrem Gewissen zu entscheiden und Parteipolitik außen vor zu lassen. Herr Bürgermeister: Wir beantragen zu diesem Tagesordnungspunkt geheime Abstimmung.“

Ratsmitglied Temmes (Grüne) führt wie folgt aus: „Ich bin Fachmann und zwar im Brücken-, Straßen- und Tunnelbau. Ich muss allerdings sagen, die erste Ausschreibung hier von 2012 hatte einen Verkehrswert, d.h. also eine Bewegungszahl im Kreisel von 10035 Fahrzeugen innerhalb von vier Stunden. Wenn man das runterschraubt auf die zwei Stunden, wo im Jahre 2015 gerechnet wurden. D.h. also 2012 waren es pro Stunde 2453 Fahrzeuge innerhalb des Kreisels, wenn ich jetzt die vergleichbaren Zahlen aus 2015 raushole, in der Zeit von 17 – 18 Uhr eine festgeschriebene Zeit, immer von 17 – 19 Uhr, wo der große Stau stattgefunden hat. Wobei der Stau nicht der Kreisel war, sondern die Zuführung von der Waldwieserstr., Mechnererstr., die kurze Straße vor der Tankstelle, dann die Rechts- und Linksabbieger von der Zufahrt von Saarbrüchen, von Luxemburg und dann die letzte Zufahrt von der Autobahn von Saarbrücken runter. Und dann kann man, als letzter Clou, kam dann die Herausfahrt vom Mitfahrerparkplatz. Im Jahre 2015 war die Messung, man siehe und staune abends zwischen 17 und 18 Uhr. 2081 Fahrzeuge, d. h. wenn ich das hier von 2012 geholt habe, dann sind das wirklich sage und schreibe fast 300 Fahrzeuge weniger 2015. Das war um 17

– 18 Uhr. Es wurde auch morgens gemessen von 07:15 – 08:15 Uhr, da waren es 2450 Fahrzeuge im Kreislauf drin. Wenn man sich das jetzt mal vor Augen hält und rechnet das mal aus. Die Autos heute haben, die fangen erst bei 20 km/h beim Stundenkilometer an. Und wenn sie mit 20 km/h in den Kreislauf rein fahren und durchfahren dann gehen in den Kreislauf, wenn man fünf Meter Abstand hat zum Vormann, da gehen 33 Fahrzeuge in eine Reihe rein. D.h. also in der Minute fahren rund 66 Fahrzeuge hier durch. Das ist amtlich, das ist rechnerisch beweisbar. Und von der Situation her sehe ich keine Veranlassung hier. Wenn man die Daten holt von 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015 sind keine über 2700 angegeben. Nur auf einmal kommt ein riesen Batzen, auf einmal kommt eine Hochrechnung für die Planung 30100, wo kommen die her? Da hat irgendjemand auf der Autobahn verkehren 26000 Fahrzeuge, da hat irgendjemand die Autobahn, im Saarländischen Rundfunk kam auch die Zahl 30000 vor. Ich hab mich gewundert, wo kommt die Zahl her. Das ist der Autobahnverkehr. Richtung Luxemburg oder von Luxemburg nach Saarbrücken, da sind 27000 Fahrzeuge innerhalb 24 Stunden.“

Fraktionssprecher Borger (Grüne) führt wie folgt aus: „So ich muss mich beeilen. Nochmal ganz klar zur Klarstellung. Wir fordern ein Moratorium, d. h. nicht ein Ende, sondern eine Neuberechnung aufgrund der aktuellen Entwicklung. Und dann muss ich Ihnen auch mal noch sagen, ich war 2 ½ Jahre auch Chef mehrerer Landesbetriebe. Das hier ist eine Resolution, die wendet sich nicht an den Landesbetrieb. Der Landesbetrieb hat einen Chef oder eine Chefin und die macht entweder so oder macht so. Ich kenne das aus vielen Beispielen aus unserer Zeit, deswegen nur ganz kurz. Ich zitiere aber auch ein Schreiben des 1. Beigeordneten Dieter Ernst, der genau das sagt: „Lieber Klaus, viel interessanter ist es aber, dass der ÖPNV in den jetzigen Gutachten zur Merziger Verkehrssituation praktisch keine Rolle spielt. Dabei wäre es sicherlich interessant zu wissen, ob und welche Auswirkungen z. B. dein Vorschlag (gemeint war die Reaktivierung der Bahnverbindung) auf die Verkehrssituation in Merzig hätte.“ Kann ich voll unterstützen. Und dabei schreibt, das ist auch interessant, auch was der Herr Temmes gesagt hat, der LfS schreibt am 04.07.2017 an die Stadt Merzig: „Ein Verschieben von Los B, also Kreislaufrückbau, über das Ende 2019 würde bedeuten, dass einige Verkehrsuntersuchungen veraltet sind und aktualisiert werden müssten.“ D.h. - ich übersetze - „schnell durchdrücken“, weil nach 2019 könnte es eine neue Situation geben und der Herr Temmes hat es eben ausgeführt. Wir haben in Zukunft weniger Autos zu erwarten, auch durch die guten Initiativen, was Park & Ride-Parkplätze angeht.“

Mit der Anmerkung eines Ratskollegen wolle er seine Ausführungen beenden: als es um das Thema „Klimanotstand“ gegangen sei, habe ein Ratsmitglied angemerkt: „Herr Borger, was in Saarbrücken, Trier oder sonst wo gemacht wird, interessiert mich nicht. Wir sind hier in Merzig und haben hier Verantwortung zu tragen.“ Dies sei zutreffend. Vor diesem Hintergrund fordere seine Fraktion nochmals die Landesregierung – nicht den LfS – auf, eine Neuberechnung der Verkehrsuntersuchung durchzuführen. Dann bestehe noch eine Chance, diesen Schildbürgerstreich zu beenden.

Ratsmitglied Spanier (LINKE-Fraktion) merkt mit Blick auf die Ausführungen des Bürgermeisters an, dass es zutreffen möge, dass die Verwaltung versucht habe, die Bürger mitzunehmen und Veranstaltungen und Workshops durchgeführt worden seien. Dies sei auch in jedem Fall positiv zu bewerten. Allerdings habe dies nicht ausgereicht. Ihrer Ansicht nach müssten sich alle gemeinsam – Rat, Verwaltung, aber auch die Bevölkerung – Gedanken machen, wie man die Kommunikationswege zwischen den Instanzen verkürzen und noch besser gestalten könne, damit derartige Probleme in Zukunft nicht mehr auftreten könnten. Nur, weil bereits Dinge erfolgt seien, bedeute dies nicht, dass dies auch das Optimum dessen sei, was man erreichen könne. Sie sehe an dieser Stelle in jedem Fall noch Verbesserungspotential.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler weist im Hinblick auf die Nordumfahrung Merzig auf die im März 2012 veröffentlichte Umweltverträglichkeitsstudie hin. Er vermute, dass diese zur Amtszeit von Klaus Borger als Staatssekretär in Auftrag gegeben worden sei, weshalb er davon

ausgehe, dass Ratsmitglied Borger deren Inhalt genau kenne. Er zitiere aus der Studie: das Gutachten sage ganz klar aus, dass eine Entlastung des innerstädtischen Verkehrs von 12 bis 20 Prozent erwartet werde, dass sich der Stau in Merzig nicht auflösen werde und empfohlen werde, die Optimierung der Ortsdurchfahrt durchzuführen. Ihn würde interessieren, ob die Grünen in Zukunft – wie in einem Artikel in der Saarbrücker Zeitung erklärt – zur Nordsaarlandstraße stehen, da durch diese mehr Verkehr aus Merzig abfließe.

FWM/FDP-Fraktionssprecher Morbe bittet um Information, warum ab 2013 - als die Möglichkeit bestanden habe - die Ampelanlage im Bereich Gipsberg nicht umgesetzt worden sei. Diese Ampel sei von den Bewohnern des Gipsberges gefordert worden. Noch 2016 habe der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende Seiwert gefordert, zunächst die Ampeln am Fuße des Gipsberges zu bauen, zu beobachten, wie deren Auswirkungen auf den Verkehr aussehen, bevor man sich Gedanken um den Kreiselumlauf mache. Er frage sich, was aus diesen Beschlüssen geworden und warum nicht ab 2013 begonnen worden sei, die Ampeln beim Gipsberg zu realisieren. Bürgermeister Hoffeld kündigt eine Erklärung dazu durch die Vertreter des LfS in der heutigen Sitzung an. Hinsichtlich der Nordsaarlandstraße vertritt FWM/FDP-Fraktionssprecher Morbe die Auffassung, dass diese endlich gebaut werden solle, anstatt permanent darüber in der Zeitung zu reden.

Ratsmitglied Temmes (B90/Grüne-Fraktion) spricht das Thema „Neubau Eisenbahnüberführung“ an. Die Eisenbahnüberführung werde 25 cm tiefer gelegt. Diese EÜ liege seit 1916 1,45 m im Grundwasser drin. Wenn nunmehr die Fahrbahn 25 cm tiefer gelegt werde, müsse mehr gepumpt werden; dies bedeute, dass die Standsicherheit der benachbarten Gebäude dadurch in Frage gestellt sei. Zur „Nordumfahrung“ an der nunmehr geplanten Stelle weist Ratsmitglied Temmes (Grüne) darauf hin, dass man eine Brücke/eine Straße, die man an einem Hang baue, unten abstützen und zugleich oben den Hang abstützen müsse. Dies sei die ungünstigste Lage und die teuerste Lösung. Der dort entstehende Schall würde rund um die Uhr die Anwohner des Stadtteils Brotdorf belasten.

Torsten Ebel, Leiter Fachbereich „Straßenplanung“ beim Landesbetrieb für Straßenbau (LfS), widerspricht der zuvor getätigten Aussage, wonach die Verkehrszahlen mittlerweile zu alt seien und man deshalb schnell was durchgedrückt habe. Verkehrszahlen, die älter als fünf Jahre seien, seien rechtlich angreifbar. Die Verkehrsuntersuchung, die dann hätte durchgeführt werden müssen, wäre aber erneut zu dem selben Ergebnis gekommen, auch wenn vielen diese Einschätzung missfalle. Aus diesem Grunde habe man gesagt, dass das Verfahren durchgeführt werde. Ferner spricht er die zuvor angesprochene Bürgerbeteiligung an. Der LfS sei an Recht und Gesetz gehalten und handele dementsprechend. Wie ein Planfeststellungsverfahren abzulaufen habe und wer zu welchem Zeitpunkt in welcher Form zu informieren sei, sei genau im Saarländischen Verwaltungsverfahrensgesetz und in den Planfeststellungsrichtlinien geregelt. Danach habe der LfS die Maßnahme offen gelegt. Jeder habe die Möglichkeit gehabt, sich zu dem Vorhaben zu äußern. Die Einwendungen müssten auch nicht fachmännlich formuliert sein, sondern könnten recht einfach gehalten sein.

Herr Sauer, der beim LfS die Bauabteilung betreut, erläutert den vorgesehenen Ablauf der Maßnahme. Stand des Verfahrens sei, dass die Maßnahme veröffentlicht worden sei, das Vergabeverfahren sei eingeleitet und der Submissionstermin erfolge am 19. Februar 2020. Die Maßnahme sei in drei große Bauabschnitte eingeteilt. Der BA 1 umfasse den Bereich der Auf- und Abfahrten an der Autobahnanschlussstelle Merzig sowie der Bushaltestellen, die zwischen Autobahnanschluss und Hilbringer Brücke gebaut werden. Der BA 2 betreffe den Umbau des Kauflandkreisels und BA 3 die Tieferlegung der Straße im Bereich der Eisenbahnunterführung. Nach intensiven Abstimmungen und Koordinierungsgesprächen mit Behörden und Versorgungsunternehmen habe der LfS folgenden Zeitplan der Ausführung festgelegt: Baubeginn für BA 1 und 2 werde der 14. April 2020 sein. Das Bauende von BA 1 sei auf den 27. Juni 2020 festgelegt worden, damit der Sport- und Freizeitpark während der Sommerferien uneingeschränkt erreicht werden könne. BA 1 werde sukzessive ausgeführt. Parallel zu BA 1 werde BA 2 unter Vollsperrung ausgeführt. Vertragliches Bauende von BA 2



sei am 5. September 2020. Hierzu habe der LfS großräumige und innerstädtische Umleitungsstrecken vorgesehen, wobei dabei die Autobahnerreichbarkeit ausgewiesen werde; der LfS wolle nicht die Botschaft senden, dass Merzig vermieden werden soll. Die Alternative zu diesem Bauablauf sei ein Bauablauf mit 15 BA gewesen, wobei der letzte ebenfalls unter Vollsperrung mit einer Dauer von fünf Wochen hätte ausgeführt werden müssen. Ferner hätte diese Variante zur Folge gehabt, dass über den Winter bis Juni 2021 gebaut worden wäre mit unwägbareren Risiken im Hinblick auf die Witterung. Unmittelbar nach Abschluss der DB-Arbeiten werde der LfS mit BA 3 beginnen. Nach heutigem Stand sei dies der Zeitraum 1. Oktober 2021 mit Bauende 1. Dezember 2021. Wenn die Kirmes vom 13. bis 16. Juni 2020 stattfinde, sei eine Zufahrtmöglichkeit für die Schausteller vorgesehen.

Bürgermeister Hoffeld erinnert daran, dass diese Maßnahme auf Entscheidungen beruhe, die vor Jahren im Stadtrat getroffen worden seien.

Beigeordneter Ernst merkt mit Blick auf die Ausführungen von Grünen-Fraktionssprecher Borger an, dass er seinerzeit tatsächlich ein Schreiben an Herrn Borger geschickt habe. Fairerweise hätte Herr Borger aber auch den sonstigen Inhalt zitieren müssen, wie die Entwicklung und das gesamte Verfahren seit 2008 gewesen seien. Er sei damals Fraktionsvorsitzender im Stadtrat gewesen. Im Laufe der Zeit hätten sich Zahlen verändert. Stattdessen habe Grünen-Sprecher Borger lediglich einen kleinen Auszug des Schreibens zitiert, der gerade in dessen Argumentationslinie gepasst habe. Ferner sei bemerkenswert, wie sich Klaus Borger in Puncto Nordumfahrung Merzig festlege, obwohl er bislang in der Öffentlichkeit nie erklärt habe, für die Nordumfahrung zu sein. Bislang habe er stets erklärt, gegen die Umsetzung des Projektes klagen zu wollen. Er erzeuge letztendlich einen Eindruck, der so nicht bestehe. Im Übrigen teile er die Auffassung von Ratsmitglied Temmes (Grüne), wonach es gegenüber Variante 5 wesentlich bessere Streckenführungen gebe. Die Auswertung dieser Untersuchung laufe derzeit im Umweltministerium.

Vor dem Hintergrund, dass derzeit in der Rieffstraße eine Geradeaus- und eine Linksabbiegespur vorgesehen seien, fragt Ratsmitglied Temmes (Grüne), ob es möglich sei, diese Linksabbiegespur zu kürzen oder wegfallen zu lassen, um dadurch die Rad- und Gehwege rechts und links zu verbreitern. Herr Ebel antwortet, dass der LfS die Breite der Geh- und Radwege in Abstimmung mit der Stadt nochmals weitestgehend optimiert habe. Es habe aber Hinweise im Planfeststellungsverfahren geben, die berücksichtigt werden mussten.

FWM/FDP-Fraktionssprecher Morbe bedauert, dass seine zuvor gestellten Fragen nicht beantwortet worden seien. Mit Blick auf den Schriftverkehr des LfS mit der Stadt weist er darauf hin, dass der LfS 2016 mitgeteilt habe, dass der Kreisel vor der Ampelanlage im Bereich Gipsberg umgesetzt werden müsse. Er bittet um Auskunft, welchen Grund es dafür gegeben habe.

Herr Ebel erklärt, dass das Büro WWW nochmals nachuntersucht und festgehalten habe, dass es in Merzig dringendere Handlungspunkte gebe.

Ratsmitglied Conrad (CDU) fragt nach der Radwegeführung während der Bauzeit im Bereich der Autobahnzubringer und ob die Radfahrer die Baustelle am Kreisel jederzeit durchqueren können. Herr Sauer antwortet, dass der Zugang für die Rad- und Fußgänger während der gesamten Maßnahme gewährleistet sei. Es könne lediglich sein, dass ein kleiner Umweg in Kauf genommen werden müsse. Im Bereich der Autobahn müsse sich der Radfahrer in den sonstigen Verkehr einordnen. Eine fußläufige Überquerung einer Autobahnauf- oder -abfahrt sei während einer Vollsperrung nicht möglich.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP) fragt, wie die Erreichbarkeit von Hilbringen von der Innenstadt kommend während der Bauzeit gewährleistet sei. Herr Sauer erklärt, die Erreichbarkeit sei über die Bahnhofstraße und über die L174 auf die Hilbringer Brücke gewährleistet.

Grünen-Fraktionssprecher Borger bittet die Vertreter des LfS um Übersendung der Liste mit den zu entnehmenden Bäumen (Stückzahl, Art) sowie einer Übersicht, an welcher Stelle diese Bäume wieder hingepflanzt werden. Er Ebel sagt zu, dass der LfS die Unterlagen zur Verfügung stellt.

Bürgermeister Hoffeld weist mit Blick auf den Antrag auf geheime Abstimmung darauf hin, dass gemäß § 45 KSVG dann geheim abgestimmt werde, wenn mehr als ein Drittel der anwesenden Mitglieder des Rates dafür votierten. Bei 33 anwesenden Ratsmitgliedern müssten somit 12 mit Ja stimmen.

Der Antrag der Fraktion FWM/FDP auf geheime Abstimmung wird bei 9 Ja-Stimmen abgelehnt.

#### **Beschluss:**

Die Verabschiedung einer Resolution „Moratorium für Umsetzung des innerstädtischen Verkehrskonzeptes – Kauflandkreisel erhalten“ wird abgelehnt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	22	2

---

## **6 Wirtschaftsplan 2020 des Zweckverbandes eGo-Saar**

**2020/323**  
ungeändert beschlossen

#### **Beschluss:**

Der Wirtschaftsplan 2020 des Zweckverbandes eGo-Saar wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Ratsmitglied Temmes hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	0	2

---

## **7 Antrag B90/Die Grünen: Lärmindernde Maßnahmen mit und für den Schützenverein Merzig ergreifen**

**2020/347**  
ungeändert beschlossen

Grünen-Fraktionssprecher Borger führt wie folgt aus: „Borger will Schützenverein schließen, so wurde unser Antrag in den Schützenverein und die Öffentlichkeit kommuniziert, obwohl die Saarbrücker Zeitung unser Ansinnen, im Gegensatz zu einem SR-Radiobericht, korrekt wiedergegeben hat. Aber gegen solche Methoden ist man leider nicht gewachsen. Worum ging es im Antrag? Wie allseits bekannt, führt ein Schießbetrieb mit großkalibrigen Waffen, sei es auf der Ell, oder an oberirdischen Anlagen von Schützenvereinen, zu Lärmemissio-

nen. Dies umso mehr, je großkalibrierter oder rasanter die Patronen sind und je mehr geschossen wird. Dass von einem deutlich zunehmenden Schießbetrieb in Zukunft auszugehen ist, bestätigte der Präsident des Schützenvereins in einem Fernsehbeitrag. Die Bitte, mich für Schallschutzmaßnahmen einzusetzen, wurde mir nun mehrfach auf unterschiedlichem Weg durch Parkbesucher mitgeteilt. Herr Laubenthal, wir sind da ganz auf Ihrer Seite – Sie haben ja auch im Fernsehbericht erklärt, dass Sie Lärmschutzmaßnahmen begrüßen würden. Ich selbst habe mir im letzten halben Jahr an mehreren Tagen ein Bild vor Ort gemacht. Die Verlärmung durch Schussabgaben mit großkalibrigen Waffen ist teilweise extrem. Der Park wirbt aber mit Ruhe, Wolfserlebnis und einem natürlichen Umfeld. Als Stadt, die zum einen zu Recht mit dem Wolfspark wirbt und zum anderen stolz sein kann, einen so aktiven Schützenverein zu haben, ist gefordert, hier eine Lösung zu suchen, die beide Interessen verbindet. Immerhin war der Schützenverein zuerst am Platz, insofern ist in der Frage Lärmschutz die Stadt - und zwar nur die Stadt - gefordert.

Nach dem Antrag wurden einige Gegenargumente bemüht, die ich mit Rücksicht derer, die diese herangezogen haben, nicht bewerten will. Diese resultieren aus einem parteipolitisch bekannten Reflex. So sollen die Dezibel-Grenzwerte im Bereich der Erlaubnis liegen. Was besagen diese Grenzwerte? Grenzwerte sind Werte, die beim Überschreiten gesundheitliche Gefahren nach sich ziehen. In unserem Antrag geht es aber nicht um diese Frage, ob Parkbesucher oder die Schützen selbst evtl. gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt sind, sondern darum, wie man die Attraktivität des Wolfsparks steigern kann. Weiteres Gegenargument sei der Schießbetrieb auf der Eil. Als ich das Argument gehört habe, dachte ich erst, dass dies von Leuten kommt, die sich vor Ort nicht auskennen. Weiteres Gegenargument, die Anwohner würden sich nicht beschweren. Von welchen Anwohnern spricht man da? Von Mitarbeitern der Verwaltung? Zum Schluss: Dass wir mit unserem Antrag richtig liegen, bestätigen nicht nur die Aussagen des Präsidenten des Schützenvereins, die Reaktionen aus der Bevölkerung, eine zufällige Befragung von Parkbesuchern, Gästen des Wolfskruges und siehe da, die heutige Verwaltungsvorlage. In dieser wird angekündigt, dass Lärmschutzmaßnahmen umgesetzt werden sollen. Allerdings soll nach dem Wunsch der Verwaltung der Schützenverein diese Maßnahmen maßgeblich mit finanzieren. Das wollen wir nicht. Wir sehen die Stadt in der Verantwortung. Wir wollen, dass die Stadt Merzig diese Maßnahmen für unseren Schützenverein finanziert. Immerhin war der Schützenverein zuerst am Standort und wir sind stolz auf diesen Verein mit seinem engagierten Vorstand und seinen engagierten Mitgliedern. Es geht ja hier weniger um das Thema Schießbetrieb an sich, sondern um eine Maßnahme, die die Attraktivität des Wolfsparks fördern soll. Insoweit beantragen wir, unseren Antrag zu unterstützen.“

Ratsmitglied D’Auria (SPD) erklärt, dass er als Mitglied des Schützenvereins Merzig eigentlich froh sein sollte über diesen Antrag und diesem zustimmen müsste. Zunächst zwei Korrekturen zu den Ausführungen des Vorredners: Herr Laubenthal habe in einem Interview mit dem SR die Frage, ob er gegen Lärmschutzmaßnahmen sei, wenn die Stadt diese bezahle, verneint. Dies sei ein Unterschied zur Aussage, dass er Lärmschutzmaßnahmen präferiere. Ferner habe er nicht erklärt, dass der Schießbetrieb demnächst zunehmen werde. Er habe vielmehr erklärt, dass der Trend zum Großkaliberschießen gehe.

Ratsmitglied D’Auria führt ferner wörtlich aus: „Die hier angegebenen Gründe sind nur vorge-schoben und ich sage Ihnen auch warum: Die Öffnungszeiten des Schützenvereins sind dienstags und freitags von 18 bis 22.00 Uhr. Bis die Schützen sich einrichten, wird es 18.15 Uhr, ehe sie anfangen zu schießen. Der Wolfspark schließt um 17 Uhr an Wochentagen. Um 21.30 Uhr wird der Schießbetrieb eingestellt. Samstags hat der Schützenverein von 16 bis 19 Uhr geöffnet und sonntags von 10 bis 13 Uhr, wobei der Schießbetrieb immer noch früher eingestellt wird, weil der Stand gesäubert wird und die Waffen verstaut werden müssen. Insgesamt sind es also pro Woche etwa 5 Stunden, in denen gleichzeitig Schießbetrieb und Besuchszeiten Wolfspark stattfinden, und das war auch noch nie anders. Bis zum heutigen Tag hat sich bei uns weder ein Besucher noch ein Nachbar über den Schießlärm beschwert. Die Nachbarn waren früher die Familien Freund, Lorenz und Mautes vom Schützenhaus. Im Gegenteil, die Mitglieder des Schäferhundevereins und des Vereins „Mein Hund und ich“ sind froh über die Schießübungen. So erlangen ihre Hunde eine gewisse Schussfestigkeit, was

im Rahmen ihrer Ausbildung gefordert wird. Zwar haben zugegebenermaßen die Anzahl der Großkaliberschützen in den letzten Jahren zugenommen, aber die Anzahl der Schießbahnen und die Schießzeiten sind jedoch unverändert. Der Schützenverein ist seit 2010 im Besitz einer gültigen Genehmigung für großkalibrige Langwaffen. In diesem Zusammenhang hat das LUA Lärmmessungen durchgeführt. Beim dicksten Kaliber 8x57 haben die Mitarbeiter des Ministeriums vor der Gaststätte „Zum Schützenhaus“ 59 dbA gemessen, so steht es im Bericht. Vor 14 Tagen, nachdem uns die Bewohner des Schützenhauses erzählt haben, dass sie sich eher durch das Hundegebell gestört fühlen als vom Schießlärm, habe ich vor dem Wolfskrug eine Lärmmessung durchgeführt. Wissen sie, was ich beim Gebell eines mittelgroßen Hundes gemessen habe? 84 dbA. Soviel zum Lärm. Ganz in der Nähe haben wir ein Bataillon der Bundeswehr, das seine Schießübungen durchführt, die man auch im Wolfspark hört. Um den Lärm effektiv zu reduzieren, müssten wir die Einhausung der Schießbahnen auf 50 m erweitern. Hierzu wären Investitionen von mehreren 100.000 Euro notwendig. Allein die Be- und Entlüftungsanlage, die dann notwendig wäre, würde zwischen 30 und 40.000 € kosten. Nur zur Information: der Linslerhof hat seinen Übungsstand ganz überdacht und zwischen 2 und 2,5 Millionen dafür ausgegeben. Ich denke, uns allen fallen ganz bestimmt viele andere Projekte ein, wie wir das Geld besser investieren können.“

Bürgermeister Hoffeld äußert mit Blick auf die Ausführungen von Grünen-Sprecher Borger die Vermutung, dass dieser die Vorlage so interpretiere, wie es ihm am besten passe. Er habe erklärt, in der Vorlage stehe, dass die Verwaltung Lärmschutz unterstütze. Eine solche Einschätzung ergebe sich aber beim Lesen der Vorlage nicht. Im drittletzten Abschnitt stehe: „Insgesamt ist daher für die Stadtverwaltung kein besonderer Handlungsdruck erkennbar.“ Im vorletzten Abschnitt stehe ferner – dies sei dann allerdings Sache des Schützenvereins – dass unabhängig davon, sich der Schützenverein Merzig seit einiger Zeit mit dem Gedanken trage, in dieser Richtung tätig zu werden. Dies heiße im Ergebnis aber nicht, dass die Stadt Merzig empfehle, Lärmschutzmaßnahmen zu ergreifen. Für die Stadt gebe es keinen Handlungsdruck. Sollte der Schützenverein dies allerdings umsetzen wollen, bestehe die Möglichkeit – dies stehe auch so in der Vorlage – dass die Stadt dies finanziell unterstütze.

Ratsmitglied Thomas Klein (CDU) erklärt: „Ich finde es schon seltsam, dass auf unterschiedlichen Wegen die Parkbesucher, und wie man im SR berichtet hat, die Besucher der Freiluftgastronomie am Wolfspark sich ausgerechnet bei Herrn Borger beschweren und nicht wie üblich bei den Betreibern dieser Einrichtungen. Der Schützenverein hat in keinsten Art und Weise eine Beschwerde bekommen. An die Stadt Merzig sind auch keine herangetreten. Sie sind nur an den Herrn Borger weitergeleitet worden. Hier hätte ich mir gewünscht, Herr Borger, dass Sie uns mal angesprochen hätten, als Mitglied des Stadtrates das Gespräch mit dem Schützenverein im Rahmen der Lärmbelästigung einfach gesucht hätten, was Sie bis dato noch nicht getan haben. Nein das ist anscheinend nicht der richtig Weg, man will ja keinen Unmut schüren, überlässt die unangenehmen Dinge lieber der Stadtverwaltung, die sonst nichts anderes zu tun hat. Dies werde ich in den Punkten eins bis drei, die Sie in Ihrem Antrag aufgeführt haben, erläutern.

Punkt 1: In dem Antrag wird gefordert, dass die Verwaltung mit dem Schützenverein Kontakt aufnehmen soll und Expertenwissen zu lärmmindernden Maßnahmen soll hinzugezogen werden. Hätten Sie, Herr Borger, im Vorfeld mit dem Schützenverein gesprochen, wüssten Sie, dass der Schützenverein seit 2010 einen geprüften und genehmigten Schießstand betreibt, der vom Landesamt für Umwelt geprüft und vom Innenministerium genehmigt wurde.

Punkt 2: Der Stadtrat fordert die Verwaltung auf, soweit möglich entsprechende Fördergelder zu akquirieren. Hier ist es in der Tat so, dass über die Sportplanungskommission Fördergelder beantragt werden können, wenn die Lärmbelästigung über dem zugelassenen Grenzwert liegt. Da wir aber die Grenzwerte einhalten, was wir vom Innenministerium auch bescheinigt haben, haben wir hier keinen Anspruch, Fördermittel zu beantragen.

Punkt 3: Der Stadtrat soll – unabhängig, ob Fördergelder fließen oder nicht - die erforderlichen Gelder zur Verfügung stellen, um Schallschutzmaßnahmen zu ergreifen. Wir haben damals im Rahmen unserer Umbaumaßnahmen zum Schallschutz viel Geld aus der eigenen Tasche aufgewendet, aus der Kasse des Vereins, um die Schießanlage umzubauen, und ha-

ben natürlich auch im Rahmen der Sportförderung an die Kreisstadt Merzig Anträge gestellt und auch Förderungen bekommen. Bis heute, haben Sie, Herr Borger, über Presse, Fernsehen und die Sozialen Medien viel über die Situation am Wolfspark berichtet, was vielleicht auch für den Schützenverein Merzig von Vorteil ist, da es viele Schützen gibt, die nicht gewusst haben, welche Anlage wir haben und sich bestimmt gerne bei uns bewerben, so dass noch weitere Mitglieder in unseren Verein kommen. Aber noch kein einziges Wort haben Sie mit dem Schützenverein gesprochen, geschweige denn, dass Sie sich die Schließanlage mal angeschaut haben. Wenn so über einen Verein im Positiven berichtet wird – man möchte einen Verein unterstützen – und man sich noch nicht einmal die Anlage angesehen hat, das empfinde ich als Heuchelei. Da bleibt mir nur noch zu sagen, „Ein Schelm, der Böses dabei denkt“. Die CDU-Fraktion wird dieser Vorlage nicht zustimmen.“

Grünen-Fraktionssprecher Borger widerspricht der Aussage von Ratsmitglied Thomas Klein (CDU), dass man ihn noch nie am Schützenhaus gesehen habe. Er habe Ratsmitglied Thomas Klein (CDU) noch nie im Wolfskrug gesehen. Der Stadtrat habe den Beschluss gefasst, dass im Bereich des Wolfsparks Gastronomie entstehen soll, mit Biergarten usw. Es gehe zunächst mal nicht um die Wölfe, sondern um ein Tourismusförderungsprojekt. Deswegen gehe es auch nicht um Gelder der Sportplanungskommission und auch nicht um Grenzwerte, die dazu da seien, gesundheitliche Gefahren vorzubeugen und nicht, um ein Wohlfühlerelebnis zu schaffen. Deshalb – da der Park ein Tourismusprojekt sei, das auch mit Tourismusmitteln gefördert worden sei – sei auch die Stadt gefordert. Wenn Stadtverwaltung und Rat mehr Menschen in den Bereich um den Wolfspark bringen wollen, was das Ziel sein müsse, sei es legitim, darüber nachzudenken, welche Maßnahmen man mit dem Schützenverein ergreifen könne. Dies sei Hintergrund des vorliegenden Antrags. Seine Fraktion wolle das Gespräch mit dem Schützenverein.

Ratsmitglied Thomas Klein (CDU) erklärt, dass er bei seiner Haltung bleibe, wonach man zunächst mit den Betroffenen reden müsste. So habe Ratsmitglied Borger offensichtlich mit dem Betreiber des Wolfskrugs gesprochen. Der Wolfskrug sei seiner Auffassung nach eine Freiluftgastronomie, die in keinsten Art und Weise schallschutzgeschützt sei. Er finde es nicht in Ordnung, dass nur bestimmte Gruppen in die Diskussion eingebunden werden, wie der Wolfskrug, während der verantwortliche Verein, der diesen Sport an diesem Standort schon seit Jahren betreibe, vor vollendete Tatsachen gestellt werde. Dagegen wehre sich der Verein auch ganz energisch.

Ratsmitglied Boos (CDU) bezeichnet die Diskussion als merkwürdig. Klaus Borger habe die Errichtung eines Gastronomiegebäudes und die Entwicklung dieses Bereiches kategorisch abgelehnt. Wenn er jetzt einen Schallschutz in Bezug auf eine Maßnahme fordere, die er zuvor kategorisch abgelehnt habe, mit dem Argument, die neu entstehende Gastronomie nach vorne bringen und den Tourismus fördern zu wollen, passe dies nicht zusammen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Rat der Vorlage entnehmen könne, dass die Verwaltung empfehle, den Antrag abzulehnen. Enttäuschend sei für ihn die Aussage von Herrn Borger im SR-Interview gewesen, Merzig habe als Touristenattraktion wenig zu bieten. Dass es Herrn Borger schwer falle, mal etwas Positives über unsere (gemeinsame) Stadt zu sagen, habe er zwischenzeitlich erkannt. Aber dass dieser scheinbar die vielen touristischen Attraktionen unserer Stadt nicht kenne, scheinbar auch ignoriere, dass Merzig landesweit mit die höchsten Steigerungszahlen im Bereich Tourismus (Übernachtungen) habe, sei für ein Stadtratsmitglied aus seiner Sicht ziemlich traurig.

### **Beschluss:**

Der Antrag von „Bündnis 90/Die Grünen“ vom 20.11.2019, lärmmindernde Maßnahmen mit und für den Schützenverein zu ergreifen, wird abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	4	2

---

**8 Verkauf des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Schwemlingen** **2019/060**  
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Temmes (Grüne) spricht von einem Antrag, bei dem wirklich mal der Verwaltung Hochachtung ausgesprochen werden müsse. Der Plan beinhalte Maße (Abstandsmaße) zu den künftigen Grenzen. Dies sei bereits von ihm in der Bauausschusssitzung so gesagt worden. Aber der anschließende Antrag sei chaotisch gewesen.

**Beschluss:**

Das Teilgrundstück in der Gemarkung Schwemlingen Flur 6 Nr. 30/15 mit den aufstehenden Gebäulichkeiten "ehemaliges Feuerwehrgerätehaus Schwemlingen" wird im Bieter- bzw. Interessenbekundungsverfahren zu einem Mindestverkaufspreis von 70.500,00 € zu den in dem Bekanntmachungstext dargestellten Kriterien zum Erwerb angeboten.

Ratsmitglied Jürgen Auweiler hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	0

---

**9 Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Grüngutannahme in der Kreisstadt Merzig** **2019/286**  
ungeändert beschlossen

Beigeordneter Ernst erinnert an die Anregung von Ratsmitglied Weiten (Grüne) im Fachausschuss, an der Bioerdgasanlage eine zweite Annahmestelle für Rasenschnitt einzurichten. Weiter bat er darum, mit den Stadtwerken als Betreiber der Bioerdgasanlage Kontakt aufzunehmen und zu klären, ob die Bioerdgasanlage einen Teil des anfallenden Grünschnitts aus privaten Haushalten annehmen und verwerten könne. Die Anfrage sei von der E.ON Bioerdgas GmbH folgendermaßen beantwortet worden: „Die Bioerdgasanlage Merzig verfügt nicht über die immissionsrechtliche Genehmigung, um Grünschnitt anzunehmen, zu lagern und/oder zu vergären. Ein erforderliches Genehmigungsverfahren wäre sehr aufwendig. Technisch wäre es ggfs. möglich, Rasenschnitt anzunehmen und zu vergären. Die Verarbeitung und Vergärung anderer Grünschnittfraktionen ist technisch nicht möglich. Aufgrund der genehmigungsrechtlichen Restriktionen erscheint es uns aber wenig sinnvoll, die erforderlichen Maßnahmen für eine mögliche Annahme von Rasenschnitt zu ermitteln und zu bewerten. Erfahrungsgemäß ist es effizienter, die kommunalen und privaten Grünabfälle in speziell dafür konzipierten und genehmigten Anlagen anzunehmen und zu bearbeiten.“

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP) merkt an, dass er die vorgesehene Erhöhung der Gebühren für die Anlieferung von Grünschnitt als viel zu hoch erachte. Es seien vor zwei Jahren noch

vier Euro gewesen und die Gebühr solle nunmehr von acht auf 12 € erhöht werden. Seiner Einschätzung nach bedeute dies das Ende der Grünschnittdeponie. Im Übrigen sei wohl Rasen weniger das Problem als Grünschnitt von Bäumen. Er halte diesen Preis für viel zu hoch und rate dazu, eine andere Lösung zu finden.

Ratsmitglied Dyck (SPD) führt wie folgt aus: „Es ist richtig. Die Kosten für die Annahme von Grünschnitt haben sich in den letzten Jahren vervielfacht. Das ist aber ausschließlich Folge einer Änderung des saarländischen Abfallwirtschaftsgesetzes. Nichts, worauf wir irgendeinen Einfluss hätten. Die Stadt Merzig muss diese Kosten hinnehmen und sie eigentlich komplett an die Anlieferer von Grünschnitt weitergeben. Um die Gefahr zu lindern, dass der Grünschnitt nicht mehr ordnungsgemäß entsorgt wird, stimmt die SPD-Fraktion dafür, dass nahezu die Hälfte der Kosten von der Stadt übernommen wird.“

Ratsmitglied Weiten (Grüne) weist darauf hin, dass es keinen Anschlusszwang für den privaten Anlieferer gebe; dieser bestehe zwischen der Kommune und dem EVS aufgrund der gesetzlichen Vorschriften. Er könne nicht nachvollziehen, warum an dieser Stelle in keinsten Art und Weise versucht worden sei, eine andere Lösung zu finden, da dies ökologisch und ökonomisch unsinnig sei. Die Stadt Merzig habe über eine relativ gute Anlage verfügt. Nunmehr werde das Material nach Saarwellingen gebracht, wo es mit schlechteren Grundvoraussetzungen aufgearbeitet werde. Ursache der Mehrkosten sei der Transport. Deshalb wiederhole er seine Bitte, zu prüfen, ob es eine Möglichkeit gebe, in Merzig in dieser Richtung irgendwo tätig zu werden.

Fachbereichsleiter Gasper erklärt, dass es keinen anderen Anbieter gebe, der diese Leistung überhaupt übernehmen würde. Dies sei das Problem. Die Kreisstadt Merzig als Kommune sei verpflichtet, den Weg einzuschlagen, den das Gesetz ihr vorgebe.

Ratsmitglied Weiten (Grüne) weist darauf hin, dass Material abtransportiert werde, dass dann irgendwann wieder zurückgeführt werde. Es gebe ansässige Betriebe, die auch Eigenkompostierung betreiben. Es gehe nicht nur um die Gebühren der Einzelnen, die das Material dort hinfahren. Die Gesamtheit müsse ja den nicht unwesentlichen Rest ausgleichen. Aus seiner Sicht spreche nichts dagegen, irgendwann wieder nachzuhaken.

#### **Beschluss:**

Die Änderungen der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Grüngutannahme in der Kreisstadt Merzig werden beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	7	2

---

9.1 **Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Grüngutannahme in der Kreisstadt Merzig** **2019/286-001**  
ungeändert beschlossen

---

10 **Stärkung des Alltagsradverkehrs, Antrag B90/Die Grünen vom 11.10.2019** **2019/307**  
geändert beschlossen

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt: „In einer Veranstaltung des ADFC-Saar wurden auch das existierende „Radwegenetz“ in Merzig beurteilt und viele Vorschläge gemacht, dieses zu verbessern. Selten habe ich so viel Einmütigkeit zwischen den anwesenden Vertretern der im Stadtrat vertretenden Parteien erlebt. Unabhängig davon wurde deutlich, dass es ganz einfache Dinge gibt, die wenig Kosten verursachen, die aber deutliche Verbesserungen für unsere Fahrradfahrer bedeuten. Ich möchte mich hier herzlich bei den Teilnehmern der Veranstaltung bedanken, die sich so engagiert eingebracht haben, und konkrete Vorschläge genannt haben. Wir als Grüne-Fraktion werden weiter dafür sorgen, dass ihre Vorschläge gehört werden. Wir brauchen nicht wieder irgendwelche teuren Gutachten von den bekannten ortsfremden Büros. Uns ist die Erfahrung und sind die Vorschläge derer viel wichtiger, die regelmäßig den Versuch unternehmen, unfallfrei durch Merzig zu radeln. Viele dieser Vorschläge die auch die neue AG Radverkehr aufgreifen wird, könnten sehr zeitnah umgesetzt werden, ohne Gutachten. Wir hatten deshalb beantragt, im Haushaltsplan einen entsprechenden Betrag zur Verfügung zu stellen und zwar mit der Zweckbindung „Kleinere Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs“, um gerade diese kleinen Dinge mit großer Wirkung durchzuführen. Weiter hatten wir beantragt, der neuen ADFC-Ortsgruppe einen jährlichen Zuschuss in Höhe von bis zu 1.000 Euro nach Vorlage eines entsprechenden Verwendungsnachweises zur Verfügung zu stellen, um für das in Merzig brach liegende Thema „Alltagsradverkehr“ auch über Vorträge, Veranstaltungen, Aktionen, Informationen etc. zu werben. Das würde auch eine Entlastung der Verwaltung bedeuten. Ich gehe davon aus, dass Frau Conrad als neue Vorsitzendes der ADFC Ortsgruppe und als Ratsmitglied unseren Antrag unterstützen wird. Schließlich beantragen wir, dass auch die städtische Internetseite, die mit Mobilität wirbt, aber zurzeit den Schwerpunkt nur auf Autoverkehr und Straßenneubau legt, zeitgemäß aktualisiert wird. Ich zitiere aus der städtischen Internetseite: „Das Saarland – und insbesondere auch Merzig – ist ein Autoland. Im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands sind wir Spitzenreiter, was die Zahl der angemeldeten Autos pro Bevölkerung angeht“. Es sollte also ein Leichtes sein, dass sich die Stadt Merzig bei der Saarbrücker Zeitung - ein Unternehmen für diese Angelegenheit, die die Internetseite macht und wo die Stadt Merzig sich eingekauft hat - eine solche Aktualisierung sicher schnell und sehr professionell macht. Wir bitten daher unseren Antrag zu unterstützen.“

CDU-Fraktionssprecher Auweiler erklärt, dass die CDU-Fraktion für die Stärkung des Alltagsradverkehrs stehe. Er sei froh und dankbar, dass sich Angelika Conrad mit ihren Mitstreitern für die Ortsgruppe des ADFC einsetze. Das Thema „Alltagsradverkehr“ sei für die CDU Merzig deutlich wichtiger, als dies anscheinend für den Antragsteller sei. Es seien im letzten Jahr im Haushalt bereits 100.000 € eingestellt gewesen. Auch im Haushaltsentwurf 2020 seien 100.000 € veranschlagt. Seine Fraktion sei gegen eine Kürzung dieses Haushaltsansatzes auf lediglich 30.000 €. Dies sei ein falsches Signal, weshalb seine Fraktion den Antrag auch ablehnen werde. Die CDU-Fraktion habe die AG Fahrrad beantragt, in der viele Ideen zusammengefasst werden könnten. Dies sei aus seiner Sicht auch der richtige Weg zur Stärkung des Alltagsradverkehrs. Wenn Zuschussanträge des ADFC oder anderer Vereine eingehen würde, sollten diese wohlwollend geprüft werden. Aufgrund der angespannten Haushaltslage solle jedoch davon Abstand genommen werden, jedem Verein pauschal Gelder zur Verfügung zu stellen. Sofern berechtigte Ansprüche vorhanden seien, werde die CDU-Fraktion diese wohlwollend prüfen. Er habe ja sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, wie die CDU zum Radverkehr stehe. Dies bedeute, dass die CDU-Fraktion den vorliegenden Antrag ablehne, da dieser seiner Fraktion nicht weitreichend genug sei. Stattdessen beantrage die CDU, dass die städtische Internetseite sowie die städtischen Informationsschriften etc. zukünftig das Thema „Touristischer und Alltagsradverkehr“ stärker berücksichtigen.

Der Vorsitzende merkt an, dass Grünen-Fraktionssprecher Borger Inhalte der städtischen Internetseite nicht korrekt zitiert und wiedergegeben habe. Fachbereichsleiter Bies erläutert, dass auf der Internetseite unter dem Punkt „Mobilität“ eine Seite „Alltagsradverkehr“ eingerichtet sei. Hier werde über laufende und abgeschlossene Radverkehrsprojekte der Kreisstadt Merzig berichtet. Der Gesamtroutenplan sowie der Übersichtsplan der Routen in der



Kernstadt stünden dort zum Download bereit. Darüber hinaus werde über die E-Bike-Ladestationen informiert. Auch über Förderprojekte zum Radverkehr könnten sich Besucher der Seite informieren.

Ratsmitglied Oehm (SPD) kündigt an, dass die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag ablehnen werde. Hintergrund sei die Tatsache, dass die AG Fahrrad eingerichtet sei. In den im letzten sowie in diesem Jahr jeweils im Haushalt eingestellten 100.000 € sehe die SPD-Fraktion eine sehr gute Sachmittelausstattung, vor allem vor dem Hintergrund, dass die AG Fahrrad noch gar nicht an dem Punkt sei, dass konkrete Projekte umgesetzt werden könnten. Man wisse noch gar nicht, wie viel Geld benötigt werde. Deshalb sei eine Aufstockung um weitere 30.000 € noch gar nicht notwendig. Die Alltagsradler seien die besten Schwachstellenidentifizierer, die man sich vorstellen könne. Er sei Mitbegründer des Radelkollektivs in Merzig gewesen. Durch die AG Fahrrad habe man einen direkten Draht zur Verwaltung und an die Öffentlichkeit, um Projekte anzustoßen. D.h., man benötige kein zusätzliches Geld, sondern ein offenes Ohr bei denjenigen, die Ideen umsetzen könnten. Im Ergebnis lehne die SPD-Fraktion den vorliegenden Antrag der Grünen-Fraktion ab und unterstütze den Antrag der CDU-Fraktion.

Ratsmitglied Temmes (Grüne) bittet mit Blick auf den Haushaltsansatz von 100.000 € in 2019 um Information, für welche Zwecke und an welche Empfänger Gelder in welcher Höhe geflossen sind.

Ratsmitglied Spanier (Die LINKE-Fraktion) weist darauf hin, dass der von Grünen-Sprecher Borger zitierte Satz tatsächlich auf der städtischen Internetseite veröffentlicht sei. Der Bürgermeister entgegnet, dass ein falscher Eindruck entstehe, wenn Inhalte weggelassen und lediglich Textteile verlesen werden.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erläutert, dass ein Besucher auf der städtischen Internetseite unter dem Thema „Mobilität“ mit dem von ihm verlesenen Satz begrüßt werde. Im Hinblick darauf, dass sich die Stadt zukünftig stärker auf den Radverkehr ausrichte, rege seine Fraktion an, beim Einstieg in das Thema nicht nur den Autoverkehr, sondern auch den Radverkehr zu behandeln. Insofern könne er die vom Bürgermeister geäußerte Kritik, die er als dünnhäutig bezeichnet, nicht nachvollziehen. Hintergrund, warum die ADFC-Ortsgruppe gefördert werden solle, sei das häufig erklärte Gegenargument, die Verwaltung habe kein Personal und kein Geld. Eine kompetente Ortsgruppe könnte die Verwaltung massiv entlasten und im Dialog mit dem Radlerkollektiv usw. konkrete Maßnahmen umsetzen. Die Aussage von CDU-Fraktionssprecher Auweiler, wonach die Grünen-Fraktion beantragt habe, den Ansatz für Radverkehr zu kürzen, sei eine blanke Unterstellung und die Unwahrheit. Die Grünen hätten beantragt, von den 100.000 € zweckgebunden 30.000 € für kleine Maßnahmen (fehlende Markierungen, Schilder u.ä.) vorzusehen.

Ratsmitglied Boos (CDU) weist mit Blick auf die Inhalte der Homepage darauf hin, dass die Kreisstadt Merzig im Rahmen des Projekts „autonomes Fahren“ aktiv sei und auch dieses Thema voranbringen wolle. Insofern dürfe auch dieses Thema nicht vernachlässigt werden. Letztendlich müssten alle Bereiche – ÖPNV, Rad- und Autoverkehr – beworben werden.

Ratsmitglied Conrad (CDU), zugleich Sprecherin der ADFC-Ortsgruppe, bedankt sich für die Unterstützung durch Grünen-Sprecher Borger. Nach den bisherigen Gesprächen sei absehbar, dass die veranschlagten 100.000 € einen großen Spielraum liefern, um die Anliegen umzusetzen. Insofern danke sie der Stadtverwaltung, verbunden mit der Hoffnung, dass sich der Radverkehr stark verbessere. Der Radverkehr erhalte in Merzig eine Zukunft und sie sei zuversichtlich, dass man Schritt für Schritt zu einem guten Ergebnis komme.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler wiederholt den Antrag seiner Fraktion. Die CDU beantrage, auf der städtischen Internetseite sowie in städtischen Informationsschriften etc. zukünftig das Thema „Touristischer und Alltagsradverkehr“ noch stärker zu berücksichtigen.

Der Bürgermeister kündigt an, sich dabei mit der AG, mit der die Verwaltung sehr konstruktiv zusammenarbeite, abzustimmen.

### **Beschluss:**

Der „Touristische Radverkehr“ sowie das Thema „Alltagsradverkehr“ sollen auf der städtischen Internetseite sowie in städtischen Publikationen noch stärkere Berücksichtigung finden (Antrag CDU-Fraktion).

Der Antrag von B90/Die Grünen wird mit 4 Ja-, 24 Nein-Stimmen und vier Enthaltungen abgelehnt.

Ratsmitglied Angelika Conrad hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	4

---

## **11 Cattenom; Antrag B90/Die Grünen vom 19.01.2020**

**2020/339**  
geändert beschlossen

Grünen-Fraktionssprecher Borger begründet den Antrag wie folgt: „Taugt das Thema Cattenom nur dazu, nach Reaktorkatastrophen Betroffenheit zu zeigen? So könnte man es meinen, wenn man die öffentliche Diskussion verfolgt. Nach Tschernobyl und Fukushima herrschte nicht nur in unserem Rat Einigkeit, sich energisch gegen den Weiterbetrieb dieses Schrottmeilers zu artikulieren. Der damalige Oberbürgermeister Lauer hatte mit den angrenzenden Kommunen eine gemeinsame Resolution verfasst und sich an den Staatspräsidenten Sarkozy gewandt. Was ein Protest bewirken kann, zeigt sich doch vielfach nicht nur im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Atomkraft oder dem vorzeitigen Abschalten von AKW's, deren Betriebssicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Es gibt in unseren Reihen Mandatsträger, die manchmal am Sinn von Resolutionen zweifeln, obwohl sie solche aktiv vorantreiben, wenn es z.B. um das Thema Nordumfahrung ging. Oder sehen wir die starken Wirkungen von Resolutionen, die es geschafft haben, das Thema Nordsaarlandklinik ins politische Bewusstsein zu rücken. Um was geht es in unserer Resolution? Wir schlagen vor, dass wir unsere Wahlkreiskandidaten mit Regierungsverantwortung in die Pflicht nehmen, bei ihren zahllosen bilateralen Gesprächen und Verhandlungen mit der französischen Staatsregierung immer wieder das Thema „Schrottmeiler an der saarländischen Grenze“ zu thematisieren. Dass dies überhaupt nicht gemacht wird, zeigt eine Antwort der Bundesregierung auf eine Bundestagsanfrage, die in der an diesem Thema interessierten saarländischen Bevölkerung großes Unverständnis hervorgerufen hatte. Im Rahmen der bilateralen Verhandlungen - und dabei ist zu erwähnen, ist Frankreich oft auf die Unterstützung Deutschlands angewiesen - sollte es doch ein Leichtes sein, das Sicherheitsrisiko Cattenom in die Waagschale zu werfen. Und genau darum geht es in der Resolution. Es geht darum, unsere exponierten Regierungsmitglieder daran zu erinnern, dass Cattenom nicht nur dann taugt, wenn es auf der Welt einen Atomunfall gibt. Sie sind es, die Verantwortung für unser Saarland bzw. seine Einwohner übernehmen können – ja müssen! Insoweit bitten wir um Unterstützung dieser Resolution. Sie baut auf auf ähnlichen Resolutionen, die wir bereits hier im Stadtrat einmütig gefasst haben.“

CDU-Fraktionssprecher Auweiler erklärt, dass die CDU-Fraktion hinter dem Resolutionstext aus 2011 gestanden habe und weiterhin stehe. In Merzig sei bereits viel getan worden, um gegen Atomenergie Zeichen zu setzen, indem die erneuerbaren Energien in den letzten Jahren besonders ausgebaut worden seien, indem es gelungen sei – gemeinsam mit starken Partnern - weit über 100 % der privat genutzten Energie aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Dies sei ein Zeichen für Merzig. Ebenfalls ein Zeichen für Merzig solle es sein, heute eine gemeinsame Resolution gegen den Atommeiler in Cattenom zu verabschieden. Allerdings gehe der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion nicht weit genug. Deshalb beantrage er folgenden Resolutionstext: „Der Stadtrat Merzig bekräftigt die Resolution aus 2011 für die Abschaltung des AKW Cattenom und fordert parteiübergreifend alle politischen Vertreter im Saarland, im Bund und in Europa auf, sich für die zeitnahe Abschaltung einzusetzen.“

### **Beschluss:**

Die Resolution aus 2011 für die Abschaltung des AKW Cattenom wird bekräftigt und alle politischen Vertreter in Bund und Land werden aufgefordert, sich für die Abschaltung einzusetzen (Änderungsantrag der CDU-Fraktion).

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	1	1

---

**12 Parksituation am Wolfspark; Antrag B90/Die Grünen vom 10.01.2020 2020/342  
abgelehnt**

Der Vorsitzende weist auf § 6 Abs. 4 der Geschäftsordnung hin, wonach die Stadtratssitzung nach drei Stunden beendet sein solle. Nach diesem Zeitpunkt könne die Sitzung auf Vorschlag des Vorsitzenden mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Mitglieder fortgesetzt oder auf einen anderen Termin vertagt werden. Der Bürgermeister schlägt vor, die noch ausstehenden Punkte der Tagesordnung zu behandeln.

Der Stadtrat stimmt dem Vorschlag bei zwei Nein-Stimmen mehrheitlich zu.

Grünen-Fraktionssprecher Borger begründet den Antrag wie folgt: „Die Stadt Merzig kann stolz auf ihren Wolfspark und das hochengagierte Wolfsparkteam, teilweise mit ehrenamtlicher Unterstützung, sein. Der Wolfspark entwickelt sich immer weiter zum Besuchermagneten Nummer 1 in unserer Stadt. Schaut man auf die Autokennzeichen oder die Berichte in den überregionalen Medien zeigt sich, dass ein Teil der Welt Merzig wegen seiner Wölfe besucht. An dieser Stelle bedanken wir uns herzlich bei dem hochengagierten und kompetenten Wolfsparkteam vor Ort! Wie wichtig deren Engagement ist, hat doch die Betreuung während des aktuellen Sturmereignisses gezeigt. Leider ist die Anfahrt zum Park, insbesondere bei den regelmäßigen Führungen, immer noch auf Individualverkehr ausgerichtet. Die wenigen Parkplätze reichen heute schon nicht aus, insbesondere an Tagen mit hohen Besucherzahlen, also bei Veranstaltungen, Feiertagen etc., um ein geregeltes Parken zu garantieren und die Rettungswege offen zu halten. In der Stadtratssitzung vom 14.11.2019, als es um das Thema Wolfskrug ging, habe ich ja schon auf die jetzt schon unbefriedigende Situation hingewiesen. Diese wird sich sicher mit einer neuen Gastronomie weiter zuspitzen. Wir meinen: Wenn man den Park bewirbt und Menschen (zu Recht) in den Park willkommen heißen will, gehört auch eine entsprechende Infrastruktur dazu. Deshalb haben wir folgendes beantragt: Die Verwaltung soll mit dem Förderverein Wolfspark und den amtlichen und ehrenamtlichen Parkbetreuern vor Ort die Situation analysieren und Möglichkeiten diskutie-

ren, diese Situation zu entschärfen. An Veranstaltungstagen könnte z.B. ein Shuttleservice organisiert werden, um den Besuchern möglichst vor Erreichen des Parks eine Alternative zum Umsteigen anzubieten (Vorschlag: Haltepunkt im Gewerbegebiet Siebend). Wir bitten hiermit, unseren Antrag zu unterstützen.“

CDU-Fraktionssprecher Auweiler betont, dass der Wolfspark eine besondere Attraktion in der Kreisstadt Merzig sei, nicht die einzige, aber eine, die weit über die Grenzen hinaus ausstrahle. Die ehren- und hauptamtlich tätigen Personen würden dafür sorgen, dass der Wolfspark auch von Besuchern angenommen werde. Dafür richte seine Fraktion an alle ihren herzlichen Dank aus. Wie sich die neue Gastronomie entwickeln werde, wisse man aktuell nicht. Der Rat habe mehrheitlich den Beschluss zur Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens gefasst. Man werde in Zukunft sehen, welche Gastronomie im Bereich des Wolfsparks angesiedelt und wie diese angenommen werde. Im Anschluss sei dann zu bewerten, wie mit dieser Situation umzugehen sei. Zum heutigen Zeitpunkt könne er lediglich irritiert feststellen, dass bei der Diskussion um eine Gastronomie dort um jeden Quadratmeter Versiegelung hätte gekämpft werden müssen, während nunmehr mehr Parkflächen entstehen sollen. Dies könne er nicht nachvollziehen. Ferner verstehe er nicht, warum dort plötzlich mehr Parkplätze gebraucht würden. Dort seien ja bereits Parkflächen ausgeschildert. Es gebe genügend Parkflächen am Waldfriedhof und gegenüber, so dass aus Sicht seiner Fraktion kein Bedarf bestehe, dort weiteren naturnahen Boden zu versiegeln. Deshalb werde die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen.

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass es im Bereich des Wolfsparks 101 Parkplätze gebe. Gerade im letzten Jahr habe die Stadt neue Parkflächen geschaffen. Natürlich müsse man teilweise an paar Meter bis zum Wolfspark gehen. Dies sei aber auch mit ein Ziel der Stadt, die den Bereich um den Wolfspark herum nicht komplett mit Parkplätzen zubauen wolle. Die Verwaltung werde darauf achten, dass der KOD – gerade an den Tagen, an denen Führungen stattfinden – stärker präsent sei, um das Parkverhalten zu kontrollieren.

Ratsmitglied Palz (SPD) findet es positiv, dass die zahlreichen Bürgerinnen und Bürger heute mitbekommen hätten, womit sich der Rat teilweise beschäftige. Auch er als Mandatsträger, der erst seit sechs Monaten im Rat vertreten sei, stelle mit Blick auf die Ehrenamtlichkeit sowie die 60minütige Beratung zu Beginn der Sitzung – inklusive der zeitaufwändigen Vorbereitung und Vorberatung – fest, dass man sich nicht darüber wundern dürfe, dass viele Jugendliche sich nicht mehr für ein Ehrenamt begeistern würden. Das von den Grünen in deren Antrag verwendete Bildmaterial habe ihn zunächst sehr erfreut, da erkennbar sei, dass der Wolfspark viele Besucher anziehe und so viel Zuspruch auch über die Grenzen der Stadt hinaus habe. Im nächsten Moment habe er sich zwei Fragen gestellt: zunächst wann diese Parksituation eintrete, beispielsweise während der einmal pro Monat stattfindenden kostenlosen Führungen oder anlässlich einer parallel stattgefundenen Veranstaltung des Schützenvereins bzw. während einer Feierlichkeit. Ein Datum habe er bei den Aufnahmen vermisst, es stehe lediglich April 2019 im Antrag (so viel zum Thema „veraltetes Material“). Ferner habe er sich gefragt, warum man nur ein einziges Bild vom oberen Parkplatz sehe, während der Parkplatz unten im Bildmaterial vollkommen unberührt bleibe. Auch auf dem Bild an sich sei für ihn nicht erkennbar, ob der Platz voll sei oder noch Parkflächen frei seien. Er hätte sich auch über ein Bild in Richtung Kammerforst gefreut, um sich ein Gesamtbild über die Parksituation an diesem besagten Tag machen zu können. Er sehe lediglich zehn Autos, die am Straßenrand stünden. Wenn er seinen Geburtstag zu Hause feiere, stünden ähnlich viele Autos vor seiner Haustür, ohne dass ein Shuttle-Service organisiert werden müsste. Im Schnitt würden etwa 100.000 Besucher den Wolfspark besuchen. 101 Parkplätze seien vorhanden. Zum Vergleich: Am Saarbrücker Zoo stünden etwa 80 Parkplätze bei 210.000 Besuchern zur Verfügung. Am Kammerforst befinde sich mittlerweile auch eine Bushaltestelle. Leider sei es so, dass sonntags kein Busverkehr stattfinde. Samstags fahre stündlich ein Bus vom Hauptbahnhof dorthin, so dass man den ÖPNV durchaus nutzen könne. Daher bestehe von Seiten der SPD-Fraktion aktuell kein Bedarf, in der im Antrag geforderten Form einzuschreiten. Sollte es an vereinzelt Tagen so sein, dass die Bequemlichkeit der Besucher

diese dazu verführe, die Autos rechts und links im Straßengraben zu parken oder die Straße zu blockieren anstatt ein paar Meter weiter zu gehen und den Parkplatz am Friedhof zu nutzen, sehe die SPD hier eine Aufgabe des KOD und keinen Parkplatznotstand.

Ratsmitglied Temmes (Grüne) schildert seine Angewohnheit, bei Stadtratsthemen, bei denen eine gewisse Unklarheit herrsche, sich die Situation vor Ort anzusehen. Kurios sei, dass die Parkplätze am Rand früher auf der alten Vorlage vorhanden gewesen seien, was Herr Borger beanstandet habe. Diese Parkplätze seien durch ein Hochboard (d.h. über 25 cm) verringert worden. Wenn man die bestehenden Parkplätze nicht vor etwa einem Dreivierteljahr beseitigt und das Hochboard angelegt hätte, wäre schon vieles für die Örtlichkeit getan.

Grünen-Fraktionssprecher Borger bittet Ratsmitglied Palz (SPD) um Information, wann er zuletzt – beispielsweise bei einer Führung im Wolfspark – im Bereich des Parks gewesen sei. Die vorhandenen 100 Parkplätze würden an Tagen, an denen eine Führung angeboten werde, nicht ausreichen. Wie er erfahren habe, sei als Folge des Antrags der Kommunale Ordnungsdienst dort oben verstärkt im Einsatz. Er wünsche sich ebenfalls, dass der KOD in der geschwindigkeitsreduzierten Zone Geschwindigkeitsmessungen durchführe, da dort regelmäßig ein größeres Waldfahrzeug mit teilweise hoher Geschwindigkeit durchfahre. Grünen-Sprecher Borger erklärt, dass im Bereich des Wolfsparks ausreichend Parkplätze vorhanden gewesen seien. Es gehe auch nicht um Versiegelung, um die Ausweisung von Parkflächen mit Asphalt. Der Antrag sei als Hinweis gedacht gewesen, darüber nachzudenken, ob man die dortige Situation verbessern könne. Leider komme der bekannte Reflex – alles, was von der Opposition komme, werde abgelehnt. Dies sei Demokratie, das respektiere seine Fraktion.

Ratsmitglied Thomas Klein (CDU) weist darauf hin, dass er sich als Sportschütze relativ häufig im Bereich des Wolfsparks aufhalte. Zu Hochzeiten, wenn z.B. der Schützenverein sein Ostereierschießen veranstalte, an dem auch die vom Schützenverein ausgewiesenen Parkflächen nicht ausreichend seien, aber auch bei anderen Veranstaltungen der Hundevereine, komme es mal zu der im Antrag abgebildeten Situation. Der Schützenverein habe sich bereits bereit erklärt, für die Hundebesitzer auf dem Vereinsgelände Parkflächen zur Verfügung zu stellen, was auch angenommen werde. Ihm sei nicht aufgefallen, dass jeden Samstag oder Sonntag diese Situation dort oben herrsche. Es sei zu bedenken, dass es beim Wolfspark eine Freiluftgastronomie gebe. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob Parkflächen vom Betreiber abgelöst worden seien bzw. ob dieser Flächen angekauft oder gemietet habe. Ihm falle permanent auf, dass in diesem Bereich auf der rechten Seite von dieser Gastronomie grundsätzlich die Stammgäste mit ihren PKW dort stünden und die Straße behindern würden. Hier gelte es, den Gewerbetreibenden mit in die Verantwortung zu nehmen. Im Bereich des Buswendeplatzes seien Parkflächen entstanden, es gebe noch vier Parkplätze im Bereich der Zufahrt in den Wald bzw. gegenüber des Schützenvereins sowie die Parkflächen unten am Friedhof. Dies müsste aus seiner Sicht für den Besuch oder den Andrang des Wolfsparks ausreichen.

### **Beschluss:**

Der Antrag wird abgelehnt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	25	4

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt, dass die Holzpreise deutschland- bzw. europaweit im Keller seien. Es gebe einige Länder, beispielsweise das Bundesland Hessen, das seit Oktober 2019 den Holzeinschlag auf solche abgestorbene Bäume eingestellt habe. Man müsse bedenken, dass jeder Festmeter eingeschlagenes, totes Fichtenholz den Haushalt mit einem Defizit zwischen 5 und 8 € belaste. In einem Bereich, wenn man Richtung Biereiche fahre, könne man beispielsweise sehen, welche teilweise dramatischen Bodenschäden mit der Ernte solcher toter Bäume verbunden seien. Dort sehe es aus, wie auf einem Truppenübungsplatz nach Leopard II-Einsatz. Es sei auch mittlerweile Devise im Saarforst, zunehmend solche vom Borkenkäfer befallenen, abgestorbenen toten Bäume, von denen keine Infektionsgefahr mehr ausgehe für andere Wälder, stehenzulassen. Dies werde mittlerweile saarland- und deutschlandweit praktiziert. Deswegen bitte er darum, den Antrag seiner Fraktion zu unterstützen.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler kündigt an, dass die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen werde. Tatsächlich gebe es Kommunen, die für sich entschieden hätten, dieses Käferholz im Wald stehen zu lassen. Meistens würde es sich dabei um Waldbesitzer handeln – entweder städtisch oder privat – die nur über kleine Flächen verfügen. Bei kleinen Flächen würde es durchaus Sinn machen, diese stehen zu lassen, da dann keine Möglichkeit bestehe, dass der Borkenkäfer sich ausbreite. Auch wirtschaftlich mache es keinen Sinn, eine Forstmannschaft oder Geräte dort reinzuschicken, wenn nur zwei oder drei Fichten anfallen würden. Dies sei auch bisher gelebte Praxis der städtischen Förster gewesen. Die in der Vergangenheit vom städtischen Forstbetrieb geleistete Arbeit sei zur vollsten Zufriedenheit gewesen, was auch ein externer Gutachter festgestellt habe. Als er den Grünen-Antrag etwas intensiver gelesen habe, sei er ein wenig geschockt darüber gewesen, dass der Antragsteller der Grünen so etwas fordere. Es sei sicherlich überlegenswert, auch bei aktuellen Maßnahmen, sich zu fragen, ob man jeden Baum fällen müsse. Es spreche vieles dafür, dass bei gewissen Maßnahmen auch Bäume gefällt werden müssten. Wenn Bäume krank oder angefahren worden seien, wie im Altstadtbereich, werde jede „Sau oder jeder Baum durchs Dorf getrieben“, der in der grünen Kreisstadt verloren gegangen sei. In diesem Zusammenhang beantrage man, dass das Käferholz stehenbleibe. Man müsse wissen, dass sich der Käfer wellenartig ausbreite. D.h., wenn man das Käferholz stehenlasse, werde irgendwann mal der komplette Bestand davon betroffen sein. Nochmal: es werde sich darüber aufgeregt, dass ein angefahrener Baum in der Altstadt gefällt werde. Man wolle, dass das Käferholz im Wald bleibe. Es gebe zehn Prozent von 2.500 Hektar Fichtenholz im städtischen Wald. 250 Hektar wolle man somit opfern. Dies sei mit der CDU nicht zu machen. Ferner müsse man berücksichtigen, dass es gesetzliche Pflichten gebe, beispielsweise dass zum Nachbarn Totholz mit Befall entfernt werde. Die CDU-Fraktion wolle die vermarktungsfähigen Bäume, wenn sie befallen seien, aus dem Wald herausholen, und nicht über die nächsten Jahre – wenn sich der Käfer wellenartig ausbreite – 250 Hektar unseres Waldes opfern.

Ratsmitglied Dyck (SPD) erklärt: „Der Befall mit Borkenkäfern ist ein großes Problem. Es sieht wirklich so aus, als könnten wir hier den Klimawandel mit den Händen fassen. Ich bin deshalb stolz darauf, dass unser Forstbetrieb seit Jahren schon naturnah bewirtschaftet und die Schäden im Vergleich zu Nachbarrevieren gering sind. Herr Borger beantragt nun, dass alle Bäume, die nicht mehr vom akuten Brutgeschehen befallen sind, und selbst frisch befallene, von denen noch ein Ausbreitungsrisiko ausgeht, von der Holzernte ausgenommen werden. Er argumentiert mit der mangelnden finanziellen Deckung der Holzernte. Herr Borger hat insofern Recht, als es sich bei den gegebenen Preisen tatsächlich nicht mehr lohnt, jeden Altbefall aus dem Wald zu holen. Aber: Sobald der Einschlag leicht ist oder ohnehin gemacht werden muss, sind trotz gefallener Preise immer noch gute Erträge mit der Holzernte zu machen. Dadurch, dass das altbefallene Holz zusammen mit frischbefallenem abgefahren werden kann, spart die Stadt zudem Kosten, die durch die Behandlung von Frischbefall vor

Ort entstehen würden. Herr Borger führt weiter aus, dass die Ernte des Borkenkäferholzes zu unverhältnismäßig hohen Kosten bei der Wiederbewaldung führt. Tatsächlich findet aber die Wiederbewaldung durch kostengünstige Naturverjüngung statt. Die SPD-Fraktion ist deshalb dafür, dem Forstbetrieb weiterhin freie Hand zu lassen und lehnt den Antrag ab.“

Grünen-Fraktionssprecher Borger äußert Verständnis dafür, wenn Sachverhalte anders bewertet würden. Kein Verständnis habe er, wenn Unwahrheiten behauptet würden. Der Antrag beziehe sich Altbefall. Er hätte sich einen faireren Umgang mit Antragstellern gewünscht. Es handele sich um das, was die aktuelle Forstwissenschaft deutschland- und europaweit vorgebe. Experten der europäischen Forstpolitik würden genau das vorschlagen. 10 Prozent des Stadtwaldes seien bereits als Referenzflächen aus der Nutzung genommen. Auch wenn man einen Mischeinschlag durchführe – Frisch- und Altholz – werde Altholz extra bewertet. Wenn man naturschonend arbeite, könne man mit altem/totem Holz keinen Gewinn machen. Man fahre Defizit ein. Wenn man Kleinkahlschläge durchführe, habe man ein Problem. Er verfüge über Bilder, wenn Flächen kahlgeschlagen würden und anschließend nichts mehr gemacht werde.

### **Beschluss:**

Der Antrag wird abgelehnt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	24	1

---

## **14 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

FWM/FDP-Fraktionssprecher Morbe stellt mit Blick auf die Sitzungsdauer die Frage, wann die Geschäftsordnung endlich umgesetzt werde. Der Vorsitzende verweist auf die Regelung in der Geschäftsordnung. Diese sei auch bei der heutigen Sitzung korrekt umgesetzt worden, da der Vorsitzende nach drei Stunden den Rat gefragt habe, ob die Sitzung fortgeführt werden solle. Die Mehrheit habe sich für eine Fortsetzung entschieden.

Ratsmitglied Temmes (Grüne) übergibt dem Bürgermeister ein Schreiben mit Anregungen zur Baumaßnahme in Ripplingen an der Bushaltestelle mit der Bitte um Weiterleitung an die Verantwortlichen.

Grünen-Fraktionssprecher Borger bittet um Information, ob das Interessenbekundungsverfahren für eine Gastronomie am Wolfspark schon abgeschlossen sei. Der Vorsitzende bestätigt, dass das Verfahren abgeschlossen sei und nunmehr ausgewertet werden müsse.

Ratsmitglied Lorenz (SPD) richtet seinen Dank an die Verwaltung für die Mitteilung einer Organisationsveränderung inkl. Übersendung des geänderten Telefonverzeichnisses an den Rat, ohne dass dieser zuvor darauf hinweisen musste. Er hoffe, dass dies auch in Zukunft automatisiert erfolge.

Vorsitz:

Schriftführung:

---

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

---

Lisa Klein

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden die Mitglieder Hans-Joachim Horf (CDU) und Martin Dyck (SPD) bestimmt.